

## Die Krisis der theoretischen Nationalökonomie

Oppenheimer, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oppenheimer, F. (1919). Die Krisis der theoretischen Nationalökonomie. *Zeitschrift für Politik*, 11, 475-506. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54684-7>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter der CC0 1.0 Universell Lizenz (Public Domain Dedication) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskunft zu dieser CC-Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under the CC0 1.0 Universal Licence (Public Domain Dedication). For more information see: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

# Zum Stand der politischen Probleme

## Zusammenfassende und vergleichende Übersichten

### V.

## Die Krisis der theoretischen Nationalökonomie<sup>1)</sup>

Von Franz Oppenheimer

Die wissenschaftliche Nationalökonomie ist totkrank — schon vor Jahren hat man mit Recht davon gesprochen, daß sie sich in einer „Krisis“ befindet, und die Ärzte sind fleißig am Werke, ihr aufzuhelfen. Wir erleben nach langer Stagnation seit etwa einem Jahrzehnt geradezu eine Hochflut theoretischer Bemühung, und nicht bloß um die Lösung einzelner Teilprobleme, sondern, und das ist grundsätzlich richtig, um die Aufstellung des ganzen Systems. Denn nur im System kann eine Theorie sich selber finden. Jede Schule — und in Deutschland stellt so ziemlich jeder Professor, der sich mit Theorie beschäftigt, seine eigene „Schule“ vor, „tot capita, tot sensus“, beteiligt sich an dem Wettbewerb um diesen höchsten aller Kränze. Um von minder anspruchsvollen Darbietungen zu schweigen, hat in dem letzten Jahrfünft v. Wieser als das derzeitige Haupt der österreichischen Grenzschule seine „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ (Tübingen 1914) herausgebracht, und jetzt treten gleich zwei Freiburger Professoren, der Ordinarius Diehl und sein Antipode, der Extraordinarius Liefmann, fast gleichzeitig auf den Plan, beide mit dem ersten Bande eines großangelegten Systems, der die „Einleitung“ bzw. die „Grundlagen“ enthält. Es ist von allgemeinerem theoretischen Interesse, beide Arbeiten in einem Zuge darzustellen und kritisch zu beleuchten, weil die beiden Gelehrten eben Antipoden sind, beide mit gleicher Einseitigkeit auf je eines der beiden großen Hauptgebiete der Sozialökonomie hypnotisiert, Diehl auf die Marktwirtschaft, Liefmann auf die Personalwirtschaft, und weil sie beide vielfach von den gleichen — falschen — Prämissen ausgehen. Darum wird die Kritik der beiden Systeme den ganzen Umkreis der strittigen Probleme abschreiten.

<sup>1)</sup> Bemerkung der Redaktion: Der nachfolgende Aufsatz ist im Hinblick auf seine ungewöhnlich starke polemische Färbung den Herren Karl Diehl und Robert Liefmann in Freiburg zur Kenntnisnahme und Gegenäußerung vorgelegt worden. Herr Robert Liefmann hat uns die weiter unten abgedruckte Entgegnung gesandt, während Herr Karl Diehl auf eine Entgegnung verzichtet hat.

Dem Leser zur Kenntnis voraus, daß Karl Diehl<sup>1)</sup> sich mit mir in einer, allerdings einseitigen wissenschaftlichen Fehde befindet. Ich versuchte 1909 in meinem „Ricardo“ den Nachweis, daß Diehl die Grundrententheorie des Briten in zwei nicht ganz unwichtigen Punkten mißverstanden hatte. Daran knüpfte sich eine Polemik, bei der Diehl nach dem Urteil einiger nicht durchaus Recht behalten haben dürfte. Seitdem ist er regelmäßig mein erster und strengster Kritiker, der alsbald jede meiner Arbeiten, wie man zu sagen pflegt, „in der Luft zerreißt“. Ich habe bisher keine Veranlassung gesehen, mich darauf einzulassen, und werde es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht tun, obgleich auch in diesem Buch wieder eine Darstellung meiner Gesamtauffassung enthalten ist, die das denkbare Höchstmaß von Verständnislosigkeit erreicht — an Böswilligkeit glaube ich nicht. Wer mich nicht kennt, dem steht es frei, die Tatsache, daß ich Diehls Theorie im wesentlichen ablehnen werde, als Akt der Wiedervergeltung zu betrachten, wer mich und meine lange Laufbahn als Kritiker kennt, weiß, daß der geschilderte Umstand mir noch mehr als sonst die strengste Sachlichkeit der Wiedergabe und Kritik zur sittlichen Pflicht macht. —

Das Buch führt sich ein als der erste Band eines auf nicht weniger als vier Teile berechneten Systems der theoretischen Ökonomie. Er bildet die „Einleitung“ und behandelt vorwiegend Fragen der Methodik; die folgenden Bände sollen die Lehren von der Produktion, der Zirkulation und der Distribution bringen. Es ist die alte Einteilung, die den Stoff in ungeschicktester Weise auseinanderreißt; zum Glück fehlt wenigstens die Lehre von der Konsumption, die sonst den Schluß zu bilden pflegt<sup>2)</sup>. Es wird abzuwarten sein, wie die späteren Bände der durch dieses Einteilungssystem entstehenden Schwierigkeiten Herr werden.

Der vorliegende Band spiegelt mit größter Deutlichkeit den wahrhaft verzweifelten Zustand unserer Wissenschaft, und zwar in zwiefacher Weise. Erstens, weil der Verfasser sich mit einer Unzahl von „Richtungen“ kritisch auseinandersetzt: mit der „naturgesetzlichen“ und der „naturrechtlichen“, mit der „historischen“ Richtung und der Reaktion gegen sie, die von der Grenzwertschule eingeleitet worden ist; mit der „evolutionistischen“, der „religiösen“, der „ethischen“ Richtung, denen allen er seine an Stammler orientierte, aber auch ihm kritisch gegenüberstehende „sozialrechtliche Richtung“ gegenüberstellt. Die furchtbare, beschämende Zersplitterung der Disziplin, deren berufene Träger positiv in nichts einig sind, weder in der grundlegenden methodologischen Auffassung, noch in den grundlegenden Begriffsbestimmungen, noch in der sachlichen Abgrenzung des einschlägigen Stoffes, geschweige denn in wichtigeren Teiltheorien — dieser theoretisch furchtbare und leider — wie die „Kriegswirtschaft“ beweist — auch praktisch lebensgefährliche Zustand tritt auf das klarste in der Vielheit der kritisch abgehandelten Richtungen und Autoren (es gibt in jeder Richtung noch zahlreiche sekundäre Differenzen der Anschauung) zutage. Man bekommt ein fast so klares Bild von dieser Splitterung in Atome, als wenn man Böhmbawerks prächtige „Geschichte der Kapitalzinstheorien“ studiert; nur daß sich der große Wiener Dogmatiker mehr mit den Problemen selbst, der

<sup>1)</sup> Karl Diehl, Theoretische Nationalökonomie. Erster Band: Einleitung in die Nationalökonomie. Jena 1916. Gustav Fischer. IX u. 500 S.

<sup>2)</sup> S. 83 wird sie aber doch wieder als der vierte und letzte Teil der „theoretischen Nationalökonomie“ bezeichnet.

Freiburger aber fast ausschließlich mit den Meinungen von Professoren über die Probleme befaßt, was nicht durchaus das gleiche ist. Diehl, der seit langer Zeit eine umfangreiche kritische Tätigkeit ausübt, hat hier sozusagen eine Sammlung seiner Kritiken veranstaltet, und daher kommen viele Autoren, die allenfalls ein Tagesinteresse haben oder sogar nur einmal kurze Zeit hatten, in die Gesellschaft der wirklichen Forscher und Denker.

Die Kritik ist oft glücklich, zuweilen schlagend, aber nur soweit sie negativ ist: der an guten Vorbildern geschulte, außerordentlich belesene, überall redlich bemühte gebildete Volkswirt verleugnet sich nicht. Dem, was er z. B. über Ehrenbergs angeblich Thünensche Methode, über die psychologische Methode der Grenznutzenlehre, über Schumpeters statische Theorie (warum kennt und nennt er seine „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ nicht?), über Liefmann u. a. sagt, kann ich vielfach zustimmen. Wo aber die Kritik positiv werden will, wo sie falsch Gesehenes durch richtig Gesehenes ersetzen oder Vershobenes zurechtrücken will, da ist sie nach meiner Überzeugung durchaus ungenügend. Und zwar zum Hauptteil aus dem gleichen Grunde, den ich schon soeben zu beklagen hatte: aus dem unerhörten Zustande unserer „Wissenschaft“ heraus, die in Wahrheit keine ist. Wo es keinen Zolbreit gesicherten und vor allem gemeinsamen Bodens gibt, fehlt der archimedische Punkt, an dem die Kritik ihren Hebel ansetzen könnte. Um ein solches Chaos einigermaßen in Ordnung zu bringen, dazu gehört ein Kopf von spezifischer, theoretischer Begabung, der die hochentwickelte Fähigkeit der feinsten Abstraktion mit einer starken Dosis schöpferischer Phantasie vereint: ein Mann also etwa vom Schlage eines Gossen, Rodbertus, Marx. Zu diesen Köpfen gehört Diehl nun einmal nicht. Seine ganze wissenschaftliche Vergangenheit beweist, daß er, bei aller hohen Anerkennung seiner sonstigen Qualitäten, doch nur ein mäßiger deduktiver Kopf ist. Der ganze Aufbau seines Ricardo-Commentars zeigt das bereits, auch wenn man von einer Reihe elementarer Verständnisfehler im einzelnen absehen will: das gehäufte empirische Material gehört wirklich nicht zur Sache. Auch die bekannte Polemik mit Dietzel in der Frage „Konträr- oder Paralleltheorie“ zeigte ihn dem scharfsinnigen Bonner Meister der Deduktion nicht im entferntesten gewachsen: und dieser Einleitungsband zeigt wieder die alten Schwächen, obgleich kaum viel Gelegenheit ist, sie zu zeigen. So z. B. begeht er mehrfach den elementaren Fehler, mit Argumenten aus der Dynamik des Marktes Sätze der Statik widerlegen zu wollen (z. B. S. 327—329). Dieser fundamentale Mangel kann nicht ersetzt werden durch eine gewisse Forsche des Ausdrucks, die Entscheidungen nicht auf logische Weise erzwingt, sondern sozusagen ex cathedra superiore dekretiert.

Hier waltet ein *circulus vitiosus*. Diehl hat sich in eine, in seine „Richtung“ verbissen, weil er die Gedankengänge der großen Meister unserer Wissenschaft nicht vollkommen zu verstehen und darum nicht dort zu Ende zu denken vermochte, wo sie Lücken gelassen hatten oder vom richtigen Wege abgeirrt waren. Und weil er sich einmal in seine Richtung verbissen hatte, war er fortan unfähig, diejenigen neueren Leistungen richtig zu bewerten, die jenen ihm verschlossenen Weg betraten.

Ich verzichte darauf, mich auf Einzelheiten einzulassen, obgleich ich in der Lage wäre, nicht nur meine Anerkennung zu mancher feinen Bemerkung, sondern auch meinen Widerspruch zu vielen anderen zu begründen. Sondern ich folge der Pflicht des kritischen Richters, wie ich sie verstehe, wenn ich die Grundauffassung untersuche, die in den einleitenden Kapiteln und noch

einmal im Schlußabsatz (12. Kapitel: Die sozialrechtliche Richtung) enthalten ist und selbstverständlich überall als Grundlage der kritischen Stellungnahme dient.

Wir beginnen mit der grundlegenden Definition: „Was ist das Kriterium der wirtschaftlichen Erscheinungen im Gegensatz zu anderen Erscheinungen des menschlichen Lebens? Wir antworten: Es ist die Sorge um die Güter, die die Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gebrauchen. Auf einen kurzen Ausdruck gebracht, würde als Gegenstand der national-ökonomischen Forschung zu bezeichnen sein: Die auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse gerichtete Tätigkeit der Menschen“ (S. 2).

An dieser Definition kann ich nichts anderes anerkennen, als daß in ihr nicht, wie üblich, von der Befriedigung „wirtschaftlicher Bedürfnisse“ die Rede ist. Diesen Fortschritt darf ich wohl auf meine Rechnung buchen: ich habe m. W. zuerst gezeigt, daß es kein „wirtschaftliches Bedürfnis“ gibt, wenigstens keins, das mit den echten finalen Bedürfnissen, z. B. den physiologischen, in eine Klasse gehört. Es gibt nur einen modalen wirtschaftlichen Trieb, der dahin geht, mit kostenden Dingen nach dem ökonomischen Prinzip zu verfahren.

Sonst aber ist alles durchaus schief und sogar geradezu falsch. Die Definition paßt zunächst vollkommen auf die Technik, die doch wohl mit Recht als die Auswirkung der „Sorge um die Güter“ bezeichnet werden kann, „die die Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse brauchen“ — und die man kaum besser beschreiben kann als mit den Worten: „Die auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse gerichtete Tätigkeit der Menschen“<sup>1)</sup>. Und doch stimmt Diehl Liefmann ausdrücklich zu, der mit aller erdenklichen Energie darauf besteht, daß Ökonomie und Technik zwei *toto coelo* verschiedene Dinge seien (und darin Recht hat; er ist nur im Irrtum, wenn er glaubt, damit eine ganz neue Wahrheit entdeckt zu haben). Diehl hält es für „das Hauptverdienst der Liefmannschen Arbeiten, daß sie die Notwendigkeit der scharfen Trennung wirtschaftlicher und technischer Betrachtung immer wieder betonen“ (S. 325). Daß Diehl selbst diese scharfe Trennung in seiner grundlegenden Definition geglückt sei, vermag ich nicht zu erkennen. Sie paßt durchaus auf die Technik, auch wenn man das „formale“ Kriterium hinzuzieht, das Diehl dem soeben zitierten „sachlichen“ beigibt, demzufolge nur die „soziale“ Betätigung der Menschen (also nicht die Betätigung des einzelnen vorgestellten Menschen) zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse den Gegenstand unserer Wissenschaft bildet. Denn die Technik ist unbestreitbar eine im höchsten Maße soziale, außerhalb der Gesellschaft undenkbare Betätigung: auch ein Robinson hat nur die Technik, die er aus der Gesellschaft mitgebracht hat<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Diehl gibt ausdrücklich zu (4. Kapitel: „Technik und Wirtschaft“ (S. 68), daß seine Definition auch auf die Technik passe. Statt sie zu ändern, bis sie nicht mehr auf sie paßt, erklärt er ganz mit Recht, Technik sei angewandte Naturwissenschaft, Nationalökonomie ein Teil der Sozialwissenschaft (S. 70) und erläutert das in einer für seine Methode sehr kennzeichnenden Form an vielen Beispielen. Damit hilft er aber der kranken Definition nicht auf die Beine, sondern überzeugt seine Leser nur immer mehr, daß Technik und Ökonomik zwei ganz verschiedene Dinge sind, die doch um so mehr durch eine zureichende Begriffsbestimmung sollten auseinander gehalten werden können.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu Diehl selbst S. 322.

Die Definition ist also zu weit, sie deckt Erscheinungen des menschlichen Gemeinlebens, die ausdrücklich als ausgeschlossen gelten sollen. Und zwar nicht nur die Technik! Auch auf den Raubzug eines Hirtenstammes z. B. paßt sie wie angegossen. Alle Kriterien der Definition treffen zu: die soziale Betätigung, die Sorge um Güter, und der Zweck: die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen dieser Gemeinschaft. Und doch glaube ich nicht, daß Diehl den Raubzug als Gegenstand der volkswirtschaftlichen Forschung gelten lassen wird, wie ich das von meinem Standpunkte aus in einem bestimmten Sinn tue: es würde mit seiner „sozialrechtlichen“ Richtung offenbar schmerzlich kollidieren.

Warum ist die Definition so weit, daß sie so heterogene Dinge mit einschließt? Weil Diehl den einzigen Begriff — nicht etwa aus Versehen ausläßt, sondern — mit voller Absicht ausschließt, der den Oberbegriff „Wirtschaft“ und daher den Artbegriff „Volkswirtschaft“ konstituieren kann: das „ökonomische Prinzip des kleinsten Mittels zum größten Erfolge“. „Ich möchte betonen, daß das ökonomische Prinzip in keiner Weise als Ausgangspunkt für volkswirtschaftliche Betrachtungen genommen werden darf“ (S. 8).

Hier weicht Diehl von fast allen seinen Vorgängern ab, auch von Männern, die er sonst als Autoritäten hoch bewertet, z. B. von Adolf Wagner. Wie kommt er dazu und infolgedessen zu seiner unhaltbaren Definition? Er muß einen Grund dazu haben, und den gilt es aufzufinden und darzustellen, wenn wir eine Kritik geben sollen, „die nicht bloß die Fenster von außen einschlägt“. Ich will meinem gestrengen Richter einmal vormachen, wie eine zureichende Kritik vorzugehen hat.

Der Grund ist an sich gut. Diehl ist mit Marx, den er mit Recht als den bewußten Schöpfer dieser entscheidenden Auffassung bezeichnet, der Überzeugung, daß die Nationalökonomie nur mit den vergesellschafteten Menschen zu tun hat, daß sie eine Spezialwissenschaft ist und keine Naturwissenschaft (S. 22). Durchaus einverstanden, und ich wüßte kaum jemanden, der gegen diese nicht allzu tief verborgene Wahrheit ernstlich streiten möchte. Diehl kämpft allerdings mit großem Eifer und Feuer gegen eine Anzahl von vermeintlichen Gegnern dieser selbstverständlichen Wahrheit, aber nur, weil er den Marxschen Kernsatz einseitig überschätzt und deshalb gründlich mißversteht. Seine Prämisse ist untadelig: „der einzelne Mensch mit seinen rein physischen Bedürfnissen und Trieben interessiert den Nationalökonom nicht; das Einzelindividuum mit seinen körperlichen Bedürfnissen ist ein Objekt für die naturwissenschaftliche und medizinische Forschung, aber niemals für die Volkswirtschaftslehre. Für unsere Wissenschaft sind nur die in Gemeinschaft lebenden Individuen von Bedeutung“ (S. 3). Ganz richtig! Aber dennoch ist der Schluß falsch: „Nie als Individuum hat der Mensch für uns Bedeutung.“ Doch! Zwar nicht als Individuum an sich, wohl aber, wie Diehl selbst sagt, als „in Gemeinschaft lebendes, als vergesellschaftetes Individuum“. Diehl will nicht sehen, daß schon der allgemeine Begriff „Gesellschaft“ den der Teile einschließt, und daß ebenso sehr das Vorhandensein mehrerer Glieder, wie das sie zur Gesellschaft zusammenknüpfende Band zu ihren konstituierenden Merkmalen gehört. Und daher kommt er zu der folgenden unhaltbaren Auffassung: „Nichts ist daher so irreführend als der Gedanke, daß die Privatwirtschaft oder die Einzelwirtschaft die Grundlage der Volkswirtschaft sei, und kaum hat es ein schiefes Bild gegeben, als wenn man davon gesprochen hat, daß die Privatwirtschaft die ‚Zelle‘ der ganzen Volkswirtschaft wäre. Gerade umgekehrt liegt der Fall. Die Einzel-

wirtschaft oder die Privatwirtschaft ist nur ein dienendes Glied in der sozialen Gesamtorganisation, die wir Volkswirtschaft nennen, und erst durch die volkswirtschaftliche Gesamtorganisation wird den einzelnen Privatwirtschaften Art, Maß und Tempo ihrer Betätigung vorgeschrieben“ (S. 9).

Nehmen wir selbst an, diese letzte Behauptung sei richtig — was sie nicht ist — geht daraus hervor, daß die Einzelwirtschaft nicht „die Grundlage der Volkswirtschaft“ sein könne? Ich vermag das nicht einzusehen. Es möchte ihr in der Tat „Art, Maß und Tempo ihrer Betätigung vorgeschrieben“ werden; hängt darum ihre Existenz selbst, hängt darum die Essenz ihres Wesens, ihr „Sein an sich“, von der Gesamtorganisation ab? Das wäre offenbar ein ungerechtfertigter Schluß.

Aber die Behauptung selbst ist unrichtig. Sie verkennt das Wesen einer Gesellschaft durchaus. Hier herrscht Reziprozität der Funktionen oder, wenn Diehl durchaus will, der „Dienste“. Das Ganze dient ebenso seinen Teilen, wie die Teile dem Ganzen dienen. Jedes Mitglied einer Gesellschaft sucht in ihr und durch sie Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, die es nur, oder in diesem Ausmaß nur, durch sie und in ihr sättigen kann; und zu dem Zwecke richtet es seine Handlungen und Unterlassungen derart ein, daß seine Gesellschaft möglichst leistungsfähig sei; und umgekehrt kann die Gesellschaft ihre Gemeinschaftsbedürfnisse nur völlig befriedigen, wenn ihre Mitglieder treu und opferwillig zu ihr stehen: sie richtet daher ihre Handlungen und Unterlassungen derart ein, daß ihre Mitglieder möglichst vollkommen befriedigt werden. Wo diese Reziprozität nicht besteht, da ist, um mit Simmel zu reden, so wenig von Gesellschaft „die Rede, wie zwischen dem Tischler und seiner Hobelbank“. Darum gehört z. B. der Sklave nicht zur Gesellschaft.

Um diese allgemeinen Sätze auf die Wirtschaftsgesellschaft anzuwenden, so besteht auch hier die volle Reziprozität der Funktionen. Der einzelne vergesellschaftete Wirt, die „ökonomische Person“ Wagners, sucht in der Volkswirtschaft die möglichst vollkommene Befriedigung derjenigen seiner Bedürfnisse, die nur durch „kostende Objekte“<sup>1)</sup> befriedigt werden können, und handelt zu diesem Zwecke derart, daß die Gesellschaft möglichst leistungsfähig sei — und die Gesellschaft ihrerseits richtet sich so ein, daß sie diesem Streben der Privatwirtschaften möglichst vollkommen entspreche, d. h. sie schafft sich die entsprechende Verfassung. (Davon wird sofort noch mehr zu sprechen sein.) Trotz Diehl; die Analogie zwischen der Wirtschaftsgesellschaft und ihren „Privatwirtschaften“ einerseits, und dem Organismus und seinen „Zellen“ andererseits, ist nicht im mindesten „irreführend“; beide Male waltet durchaus die gleiche Reziprozität der Funktion, und man kann ebensowenig sagen, daß der Organismus „nur“ seinen Zellen, wie daß die Zellen „nur“ ihrem Organismus dienen. Sie bilden eine funktionale Einheit!

Ich möchte das an dem gleichen Beispiel beweisen, das Diehl als Beweis für seine Grundauffassung anführt: an der Zunftordnung. Er sagt, es „war die ganze Ordnung von dem Grundsatz beherrscht, daß die Kleinbetriebe erhalten werden sollen, und daß die Ausdehnung zum Großbetrieb möglichst unterdrückt werden soll“ (S. 9). Ich will diese Charakteristik, die ich als falsch nachzuweisen mich bemüht habe (Mein „Großgrundeigentum und soziale

<sup>1)</sup> Das sind nicht bloß Güter, wie Diehl meint, sondern auch „Dienste“ und „Rechte und Verhältnisse“.

Frage“, Berlin 1898) einmal per inconvincibilem als richtig gelten lassen: ist es dann nicht klar, daß die Zunftordnung dem privatwirtschaftlichen Bedürfnisse der Zunftmeister „diente“, ihnen eine übermächtige Konkurrenz vom Halse zu halten?

Wenn dem aber so ist, dann hat nicht nur die Gesellschaft als Totalität, sondern dann haben auch die vergesellschafteten Individuen „für uns Bedeutung“. Und die Ökonomie hat die Aufgabe, sich auch mit der Einzelwirtschaft als einem konstituierenden Teile der Gesellschaft zu befassen. Aber freilich nicht im unregelmäßigen Durcheinander, wie das im allgemeinen geschieht, sondern in strenger systematischer Scheidung. Die Wissenschaft hat gerade hier das Prinzip der grundsätzlichen Disposition ihres Stoffes zu finden. Nach meiner Definition, die v. Wieser in seiner „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ bereits akzeptiert hat, und die kaum jemand bestreiten wird, auch Diehl wohl nicht, da sie den sozialen Gesichtspunkt auf das Schärfste betont, ist die Ökonomik „die Lehre von der Gesellschaftswirtschaft einer Wirtschaftsgesellschaft“ und zerfällt daher naturgemäß in die beiden Hauptteile der Theorie der Wirtschaftsgesellschaft (*societas oeconomica*) und der Gesellschaftswirtschaft (*oeconomia socialis*)<sup>1)</sup>; und diese letztere zerfällt wieder naturgemäß erstens in die Lehre von der vergesellschafteten Einzelwirtschaft, die ich „Personalökonomik“ nenne, weil der Terminus „Privatökonomik“ längst für die entsprechende Kunstlehre in Anspruch genommen ist, und zweitens in die Lehre von der Gemeinwirtschaft, der „Marktwirtschaft“, die ich als „Nationalökonomik“ bezeichne. Wenn man diese Einteilung wählt, die der Stoff selbst gebieterisch fordert, anstatt der unglücklichen Sayschen Disposition, der Diehl folgen will, dann kann man (und muß man) in der Personalökonomik dem hier herrschenden „ökonomischen Prinzip“ sein volles Recht einräumen, braucht aber dann in der Darstellung der Nationalökonomik überhaupt nicht mehr davon zu sprechen, weil die Grundlagen bereits gelegt sind.

Es zeigt sich also, daß Diehl hier von einem ganz richtigen Gefühl geleitet worden ist. In die Lehre von der Marktwirtschaft gehört das ökonomische Prinzip in der Tat nicht hinein. Aber die Lehre von der Marktwirtschaft, die auch ich als Nationalökonomik bezeichne, ist nur ein Teil eines Teiles der Ökonomik. Diehl aber hält sie, ähnlich wie Amonn, auf den er sich billigend bezieht (S. 406/7), für das Ganze, und kommt dadurch völlig auf den falschen Weg.

Denn nun will er „Volkswirtschaft“ definieren, kann aber den Oberbegriff dieses Artbegriffes, den Begriff „Wirtschaft“, überhaupt nicht mehr abgrenzen. Seine Definition mußte darum mehrfach zu weit werden — weil ihr das konstituierende Unterscheidungsmerkmal fehlte, das das Wirtschaftliche vom Außerwirtschaftlichen, z. B. der Technik, vom Nichtwirtschaftlichen, z. B. der religiösen oder rein geselligen, keiner Güter bedürftigen sozialen Tätigkeit, und vom Unwirtschaftlichen, der Bedürfnisbefriedigung entgegen dem ökonomischen Prinzip, unterscheidet, wobei ich nicht noch einmal urgieren will, daß auch die widerrechtliche oder rechtlose soziale Bedürfnisbefriedigung, sicherlich gegen Diehls Absicht, unter seine Definition fällt: der Raubzug, der Eroberungskrieg, die gewaltsame Unterwerfung zu Sklaverei, Hörigkeit usw.

<sup>1)</sup> Nicht „*oeconomica*“, wie Diehl (S. 474) fälschlich zitiert.



Dieser Grundfehler der Auffassung hat aber weiter greifende Folgen. Wenn es nicht das ökonomische Prinzip sein soll, das die Wirtschaftsgesellschaft zusammenhält, wenn sie nicht für ihre Glieder „das kleinste Mittel zum größten Erfolge“ der sämtlichen Befriedigungen sein soll, die kostender Objekte bedürfen, — dann muß ein anderes verbindendes Prinzip aufgefunden werden: und das kann kein anderes sein, als das Recht. So kommt Diehl von seinem falschen Ausgangspunkt aus mit zwingender Logik zu seiner „sozialrechtlichen“ Auffassung. Er sagt: „Welches ist die gemeinschaftbildende Kraft, welche diesen Zusammenhalt schafft und die bewirkt, daß aus dem natürlichen Zusammenleben ein gesellschaftliches Zusammenwirken entsteht? Diese gemeinschaftsbildende Kraft ist die Rechtsordnung, welche die Menschen zusammenhält, welche durch äußeren Zwang feste Regeln und Normen des Zusammenlebens gibt und dadurch erst ein geregeltes und geordnetes Gemeinschaftsleben und damit ein wirtschaftliches Kulturleben möglich macht. Wirtschaftliche Erscheinungen sind erst dann vorhanden, wenn das „Wirtschaften“ der Menschen auf irgendeine Weise geordnet ist, und wenn dadurch das natürliche Triebleben der Menschen zu einem rationellen, gesellschaftlichen Leben sich erhebt“ (S. 5).

Hic haeret! Zunächst stellen wir erinnernd fest, daß dieser Grundpfeilersatz, weil aus einer falschen Prämisse abgeleitet, für uns keine zwingende Kraft hat. Trotzdem könnte er wahr sein. Lassen wir das vorläufig dahingestellt, und betrachten wir, wohin Diehl von diesem Standpunkte aus weiter gelangt.

Da er die Rechtsordnung als das *primum movens* betrachtet (er fragt, soviel ich sehen kann, nirgend, aus welchen Wurzeln sie selber stamme), gibt es selbstverständlich für ihn so viele Wirtschafts- wie Rechtsordnungen (z. B. S. 10, S. 255). Und daraus folgt ein Schluß, der eigentlich den Autor hätte zwingen sollen, die Feder niederzulegen: es gibt keine Gesetze! „Nicht nur die Naturgesetzlichkeit des sozialen Lebens ist abzulehnen, sondern jede Gesetzlichkeit, auch im Sinn des *Telos*“ (S. 19)<sup>1)</sup>. „Ich kann die Existenz volkswirtschaftlicher Gesetze selbst in dieser verklausulierten Weise nicht zugeben“<sup>2)</sup>: da wir die wirtschaftlichen Vorgänge nicht aus einem Wirtschaften der Menschen überhaupt, sondern aus einer bestimmten Rechtsordnung erklären, und da diese Rechtsordnung zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Völkern ganz verschieden ist, kann es auch keine allgemeinen wirtschaftlichen Gesetze geben.“<sup>3)</sup>

Für jemanden, der vorwiegend Theoretiker ist und sich soeben anschickt, ein Lehrbuch der Theorie zu schreiben, das zum wenigsten in bezug auf den Umfang alles Vorangegangene in den Schatten stellen will, in der Tat ein niederschmetterndes Ergebnis! Denn wie soll man wohl vom Gesetzlosen eine Theorie, und das heißt doch „ein System der Gesetzmäßigkeiten“ verfassen?! Wir haben demnach entweder gar keine Theorie zu erwarten, oder eine ganze Reihe von Theorien der verschiedenen Wirtschaftsperioden, etwa für „die agrarökonomische, die feudalistische, die zünftige und die kapitalistische“ (S. 255). Und das würde ja den Umfang des Planes zur Genüge erklären.

<sup>1)</sup> Dies gegen Stammler, dem ich seine Verteidigung nicht vorwegzunehmen beabsichtige.

<sup>2)</sup> Dies gegen Schmoller.

<sup>3)</sup> S. 233, vgl. auch 235 und auch sonst vielfach *passim*.

Was ist dazu zu sagen? Nun, einfach, daß Diehl den Wald buchstäblich vor lauter Bäumen nicht sieht. Seine Aufgabe wäre, dasjenige als das essentiell Volkswirtschaftsmäßige auszuscheiden, was in allen noch so verschiedenen Wirtschaftsperioden vorhanden ist und daher wohl von den verschiedenen Rechtsordnungen unabhängig sein muß. Dazu reicht seine Abstraktionskraft nicht hin. Er weiß zwar, daß man für dieses Allgemeine seit Jahren die Kooperation, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Vereinigung, gehalten hat: aber dieser Begriff erscheint ihm als allzu leer, um darauf eine Theorie zu bauen: „Was sollen wir uns unter ‚Arbeitsteilung‘ denken, wenn wir nicht wissen, nach welchen Normen diese Arbeitsteilung geregelt ist? Ohne Angabe der Wirtschaftsverfassung, von der die Arbeitsteilung nur ein Stück bildet, ist die Bezeichnung leer und bedeutungslos“ (S. 200)<sup>1)</sup>.

Hier liegt der Hauptfehler zutage. Das Prinzip der Kooperation ist durchaus nicht so „leer und bedeutungslos“, wie Diehl annimmt. Es verhält sich ungefähr wie das Prinzip der Gravitation, aus dem Newton und Kepler doch eine ganz gewaltige Wissenschaft heraus entwickelt haben. Man kann schon an der noch unentfalteten, noch nicht um einen Markt zentrierten Gesellschaftswirtschaft eine ganze Reihe wichtiger Gesetze erkennen, die von der Kooperation abhängen, wie z. B. die Vermehrung der Leistungsfähigkeit und des Reichtums der Gemeinschaft, die Vorteile der Spezialisierung usw. Vollends aber an der entfalteten, um einen Markt zentrierten Gesellschaftswirtschaft läßt sich ein ganzes und volles System aus dem einen Prinzip entwickeln, groß genug, um, wenn nicht vier, so doch einen starken Band darüber zu schreiben und eine Kunstlehre, eine Volkswirtschaftspolitik, solide zu unterbauen.

Warum sieht Diehl das nicht? Ich glaube, aus zwei Gründen. Erstens, weil er als Gegenstand der nationalökonomischen Forschung nicht nur die Wirtschaftsordnungen betrachtet, die uns die Geschichte darstellt, sondern auch die Konstruktionen, die soziale Denker und Träumer aus dem Kopfe erfunden haben, z. B. den Anarchismus und Kommunismus, der eine marktlose Wirtschaft zusammenphantasiert. Das ist der erste Grund, aus dem heraus er dazu kommt, daß der Markt mit seinen Erscheinungen nicht essentiell zum Begriff einer höheren „Volkswirtschaft“ gehört. Der Schluß ist nicht zwingend; als argumentum ad hominem wäre anzuführen, daß Diehl selbst einmal, und von seinem allgemeinen Standpunkte aus mit Recht, die Ökonomie für eine, im gewissen Sinne „historische“ Disziplin erklärt, was doch wohl nicht anders zu verstehen ist, als daß ihr Gegenstand nur solche Wirtschaftsordnungen sind, die in der Wirklichkeit zu beobachten waren oder sind, und nicht Konstruktionen einer individuellen Phantasie, die nur nach der Meinung ihrer Verfasser dazu berufen sind, in Zukunft einmal historische Wirklichkeit zu werden. Man sollte doch wenigstens einmal genau hinsehen, ob diese sozialen homunculi außerhalb ihrer Retorte lebensfähig sein könnten. Aber freilich, das kann Diehl nach seiner eigenen Erklärung nicht leisten, denn dazu gehört der Besitz einer — Theorie, d. h. eines Systems von Gesetzen oder doch Gesetzmäßigkeiten.

Der zweite Grund scheint mir ein persönlicher zu sein. Diehl besitzt die Abstraktionsfähigkeit nicht, um zu sehen, daß in allen historischen Wirtschaftsperioden die Gesellschaftswirtschaft jeder höheren Wirtschaftsgesell-

<sup>1)</sup> Der erste Satz in buchstäblicher Wiederholung S. 260.

schaft ohne Ausnahme um einen Markt zentriert ist, daß es sich also wohl um Dinge handeln muß, die von der wechselnden Rechtsordnung unabhängig sind. Er hat den Blick für die Verschiedenheiten, aber nicht den für das Gleiche, den der Theoretiker braucht, den Blick für den roten Faden, der sich durch das Ganze der Entwicklung zieht. Hätte er diesen Blick, so hätte ihm nicht entgehen können, daß sogar in den zu Ende gedachten Konstruktionen der Kommunisten der vorn offiziell hinausgeworfene Markt durch die Hintertür heimlich wieder hereingelassen wird: Kautsky z. B. in seinem „Am Tage nach der sozialen Revolution“ bietet den Arbeitern unangenehmerer Zweige kürzere Arbeitszeit und sogar höheren Lohn! Jedes ernste Durchdenken der Probleme muß aber zu der Erkenntnis führen, daß der Markt mit seiner Konkurrenz durch die Rechtsordnung mehr oder weniger eingeschränkt werden, aber niemals ganz ausgeschaltet werden kann: Wir erleben gerade jetzt in Hamsterei und Schleichhandel wieder einmal, was der Staat und das Recht gegen die Gesetze der Volkswirtschaft vermögen. *Naturam expellas furca . . .* Und weil die großen Köpfe, die unsere Wissenschaft begründet haben, das sehr genau erkannt hatten, deshalb hielten sie die um ihren Markt zentrierte Gesellschaftswirtschaft für die „natürliche“, für den „ordre naturel“ — und hatten nach meiner bescheidenen Meinung Recht damit.

Diehl beruft sich, wie so viele andere vor ihm, immer wieder darauf, daß aus der Prämisse dieser Voraussetzung viele Theoretiker der Vergangenheit durchaus falsche „Gesetze“ abgeleitet haben. Niemand leugnet das! Aber die formale Logik allein hätte Diehl belehren können, daß diese beklagenswerten Irrtümer aus zwei ganz verschiedenen Ursachen herkommen können: aus der falschen Prämisse einer „naturgesetzlichen“ Auffassung, oder aus einem fehlerhaften Schlußverfahren, trotz richtiger Prämisse. Aber er ist so sehr Fanatiker seiner Auffassung, daß er mir offenbar nichts so übel genommen hat, als daß ich durch ein verändertes Schlußverfahren aus der von ihm verworfenen Prämisse und Methode heraus zu Ergebnissen gelangt bin, die die gegebene Wirklichkeit vollkommen ableiten und eben dadurch vollkommen erklären, d. h. Probleme lösen, die bisher noch nicht einmal gestellt werden konnten, wie z. B. das der Höhe des Kapitalprofits, oder des Zusammenhanges zwischen privatem und volkswirtschaftlichem Kapital. Diese Ergebnisse sind allerdings für Diehls Theorie sehr schmerzlich, die implicite dadurch widerlegt wird; aber dafür kann ich doch wahrlich nichts. Ich denke an Emile Dubois-Reymond, der einmal zornig zu seinem Schüler Bernstein sagte: „Ein Knabe hat es gewagt, meine Theorie zu vereinfachen“ — die „Vereinfachung“ war freilich eine Widerlegung gewesen.

Es gibt also immanente Notwendigkeiten des Gesellschaftslebens, die von einer gewissen Volksdichtigkeit und Kulturstufe aufwärts die Entstehung eines Marktes mit seinem Getriebe von Konkurrenz und Arbeitsteilung erzwingen und bei wachsender Dichtigkeit und Kultur ihre Schöpfungen in ganz bestimmter Richtung entfalten. (Diehl spricht denn auch selbst oft [z. B. S. 47] von der „Entfaltung“ oder „Entwicklung des Wirtschaftslebens“.) Das geschieht völlig unabhängig von jeder äußeren Staats- und Rechtsordnung; das ist die Essenz der Gesellschaftswirtschaft oder „Volkswirtschaft“, ihr „Sein an sich“.

Und diese Organisation bedarf ihrer eigenen Verfassung, ihres eigenen Rechtes. Das kann die Gewalt brechen, der Staat verkrüppeln, oder aus ihm wichtigeren Gründen einschränken oder umbiegen: aber aufheben kann

er es nicht, sonst sägt er den Ast ab, auf dem er sitzt. Kurz, er kann dieses „natürliche Recht“ der Wirtschaftsgesellschaft ändern, aber er schafft es nicht: im Gegenteil; er hat sich ihm anzupassen, hat sein eigenes Recht damit in eine solche Übereinstimmung zu bringen, daß die Gesellschaftswirtschaft wenigstens notdürftig vegetieren kann — sonst stirbt er mit ihr wie eine bösertige Geschwulst mit dem Körper, auf dem sie schmarotzt.

Und daraus ergibt sich die Aufgabe der „reinen“ Ökonomie, die Diehl leugnet. Sie hat die Verfassung, das Recht und die innere Ordnung der vom Staate nicht verkrüppelten oder veränderten oder nach fremden Gesichtspunkten umgebogenen Gesellschaftswirtschaft aus der Aufgabe der Gesellschaftswirtschaft abzuleiten, den kooperierenden Menschen als das kleinste Mittel zur Befriedigung ihrer sämtlichen Bedürfnisse zu dienen, die nur durch kostende Objekte gesättigt werden können. Diese Aufgabe haben ein Quesnay, ein Adam Smith, ein St. Simon, ein Dühring verstanden und teilweise gelöst; ich bin auf ihrem Wege ein Stückchen weiter gegangen: es gibt keinen anderen Weg, um unsere Wissenschaft aufzubauen, die heute nur ein wüstes Trümmerfeld ist.

Und nun zum Schlusse noch ein grundsätzlich überaus Wichtiges. Diehl faßt das Recht auf als etwas durchaus Willkürliches, als die Schöpfung von Menschen, die zufällige Zwecke verfolgen; er betont überall, daß in allem Sozialen der menschliche Willen den Gang der Dinge bestimme. Schön! Aber wir weigern uns, hier stehen zu bleiben, sondern fragen weiter rückwärts: Was bestimmt den menschlichen Willen? Wir sind ja doch wohl alle „Deterministen“?

Die klassische Volkswirtschaftslehre hat uns den Anfang des Weges gezeigt, der zu diesem höchsten aller Ziele aller Geisteswissenschaft führt: sie erkannte, daß gewisse Gegebenheiten der menschlichen Psyche (ökonomisches Prinzip) zusammen mit den Gegebenheiten der natürlich-geographischen Grundlage des Gesellschaftslebens eine gewisse Ordnung und Verfassung der „Volkswirtschaft“ unter allen Umständen erzwingen und gegen alle Widerstände aufrechterhalten, d. h. also doch wohl, daß sie den Willen aller Beteiligten in einer bestimmten Art „determinieren“. Hier weiterzugehen ist die Aufgabe der Wissenschaft — und Diehl stellt sich mit dem Flammenschwert des kritischen Cherub ihr in den Weg!

Er schreibt einen ganzen Abschnitt über „Soziologie“ und weiß doch nicht, daß ihr gerade diese Aufgabe gestellt ist: die Gesetze der sozialen Determination des menschlichen Willens und daher der menschlichen Gruppenhandlung zu studieren und soweit wie möglich festzustellen, trotzdem sich gerade das aus der jahrzehntelangen Gährung der jungen Disziplin endlich herausgeklärt hat. Sie ist weder ein Sammelname für die Summe der sozialen Geisteswissenschaften, noch eine Spezialdisziplin, die sich mit den „Formen der Gesellschaft“ beschäftigt (Simmel selbst hat diesen Gedanken neuerdings fallen lassen; diese Spezialdisziplin gilt ihm heute nur noch als „reine Soziologie“, als der Kern eines größeren Ganzen), sondern sie ist eine neue Universalwissenschaft, ist die „Erkenntnistheorie“ der Geisteswissenschaften: und ihre Aufgabe ist, wie gesagt, vor allem die Feststellung des gesetzlichen — es tut mir leid, das verpönte Wort anwenden zu müssen — Mechanismus, der den Willen der Gruppen und dadurch den der einzelnen determiniert. Mit die besten Vorarbeiten auf diesem Felde danken wir Dürkheim — und gerade diesem Denker muß es geschehen, daß Diehl sich für seine grundsätzlich abweichende Auffassung auf ihn beruft (S. 34)!

So kann ich denn nur zu einer runden und unzweideutigen Ablehnung dieser ganzen „sozialrechtlichen“ Richtung kommen, die Diehl uns aufzuzwingen versucht. Das Buch ist als Ganzes völlig verfehlt, trotz mancher guten Einzelheit namentlich in der Kritik. Es ist verfehlt der allgemeinen Auffassung nach, aber auch der Anlage nach — wenn es nicht etwa nur für das „Bäckerdutzend“ theoretischer Fachmänner Deutschlands geschrieben ist. Den Studenten kann es theoretisch nur auf falsche Wege leiten, und zu der Kritik Diehls im einzelnen an seinen Vorgängern und Mitbewerbern kann der Student unmöglich selbständig Stellung nehmen, ehe er nicht wenigstens Diehls eigene Theorie aufgenommen hat, die ihm einen festen Standpunkt gegenüber den Einzelproblemen zu geben hätte. Darum hätte nach meiner Meinung diese ganze ausführliche Übersicht und Kritik der diversen „Richtungen“ nicht in die Einleitung des Systems gehört, sondern als kritische Sicherung der positiven Theoretik an ihren Schluß.

Dem Fachmann freilich mag die überaus fleißige, von großer Belesenheit zeugende Arbeit manches bieten, — vor allem freilich Grund zu eigenem produktiven Widerspruch. —

\* \* \*

Wenden wir uns nun dem zweiten System zu, das gleichfalls mit einem Einleitungsband auf den Plan tritt. Es ist, um es zu wiederholen, von genau entgegengesetztem Standpunkt genau so einseitig und darum als Ganzes ebenso falsch. Wir sprechen von Liefmanns „Grundsätzen“<sup>1)</sup>.

Man sah dem Erscheinen dieses Buches seit mehreren Jahren mit einer gewissen Spannung entgegen, denn der Verfasser hatte alles Erdenkliche getan, um in immer wiederholten, kleinen Publikationen die wissenschaftliche Welt auf diese unerhörte Leistung aufmerksam zu machen und würdig vorzubereiten. Immer wieder hörten wir, es werde ein Buch erscheinen, das alles bisher Dagewesene nicht nur verdunkeln, sondern geradezu erschlagen, auslöschen werde. Alles, was bisher über Nationalökonomie gedacht und geschrieben war, war danach bestenfalls, in seinen erlauchtsten Werken, schüchternen Ansatz zur ersten Morgendämmerung der Wahrheit; alles andere war plumper Irrtum, unbegreifliche Torheit, Verblendung, Verrantheit.

Nun liegt die Leistung vor, und man muß bedauernd sagen, daß sie den ungünstigen Eindruck, den man durch all das erhalten hatte, nur bestätigt, ja vertieft. L. ist zweifellos ein Mann von einer nicht verächtlichen Begabung zum theoretischen und sogar systematischen Denken, mit einem starken Bedürfnis zur logischen Einheit und daher zur Einordnung aller Teiltheorien in ein geschlossenes Gedankengebäude. Solche Köpfe, selbst geringeren Ranges, sind heutzutage so selten, namentlich in unserer deutschen Nationalökonomie, daß ich nur mit Widerstreben hart gegen einen Denker bin, der doch schließlich mit mir einen Kampf kämpft gegen die theoretisch Bedürfnislosen und ihre Gewaltherrschaft. Aber es hilft nichts. Die Wahrheit muß gesagt werden, wie ich sie sehe, und da muß eben ausgesprochen werden, daß alle ursprüngliche Begabung des Mannes nicht aufkommen kann gegen sein unglückliches Temperament. Daß er sich selbst über alles Maß hoch einschätzt — er erklärt sich an tausend Stellen für

<sup>1)</sup> Robert Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Erster Band: Grundlage der Wirtschaft. Stuttgart und Berlin 1917. Deutsche Verlagsanstalt. XXIV und 688 S.

den Anfang und das Ende aller eigentlichen ökonomischen Wissenschaft — das wirkt in der durch keine Hemmung gezügelten Naivität des Selbstbekenntnisses nur lächerlich; es hat aber in seiner negativen Auswirkung die Folge, daß Liefmann völlig außerstande ist, seine Vorgänger — nicht etwa zu würdigen, nein, auch nur zu verstehen.

Natürlich ist Liefmann von der Kritik schlecht behandelt worden; auch ein viel besserer Theoretiker wäre im Deutschland der Schmollerschule schlecht behandelt worden, aber das ist doch kein Grund, um die Haltung zu verlieren. Wenn man Recht hat, beißt man sich schon durch, und zwar um so später, je mehr man Recht hat. L. aber hat die Haltung völlig verloren, und das macht sein Buch zu einem der peinlichsten, die je geschrieben wurden. Hunderte von Seiten sind der Polemik nicht nur gegen Männer von Rang und Bedeutung, sondern auch gegen Hinz und Kunz gewidmet, die niemanden interessieren als sich selbst. Und diese Polemik ist fast überall zänkisch, ja keifend. Es gehört ein starker Magen und ein noch stärkeres Pflichtgefühl im kritischen Richteramt dazu, um sich durch dieses Gezeter hindurch zu arbeiten, bis endlich, endlich nicht mehr ausschließlich von der Person des Autors, sondern von seiner Sache die Rede ist. Auf Seite 223 (!) (und dazu sind noch 24 Seiten des Vorwortes zu zählen) erklärt er, zur Sache kommen zu wollen: aber erst Seite 241 fängt die eigentliche Darstellung wirklich an. Und auch dann noch wird fast Seite auf Seite weiter polemisiert und gezankt.

Aus dieser Veranlagung folgt, daß das ganze Buch so mangelhaft disponiert ist, wie die eben gemachten Angaben über den Anfang bereits dartun. Die gegebene Anordnung des Stoffes war selbstverständlich die, daß der Autor seinen Lesern zuerst einmal in geschlossener Darstellung seine eigene Auffassung entwickelte; dann, wenn man wußte, was er, und aus welchen Gründen er es für wahr hält, konnte die Polemik einsetzen und zur Entscheidung geführt werden. Statt dessen macht die Polemik den Anfang, ehe man noch weiß, wohinaus der Autor will, und jedenfalls, ehe man seine guten oder schlechten Gründe hat prüfen können. Er wirtschaftet auch hier durchaus auf Kredit, indem er dem Leser zumutet, seine Formeln vorläufig einmal als der Weisheit letzten Schluß anzunehmen: die Phrase „wie wir später zeigen werden“ wiederholt sich fortwährend. Es ist aber niemand geneigt, unbekannte Banknoten in Zahlung zu nehmen, besonders wenn der Ausgeber ohne Ende behauptet, alle anderen Noten seien völlig wertlos. Und das wiederholt sich bis zum Schluß. Fortwährend wird auf den zweiten Band verwiesen, der alle Rätsel lösen werde. Das ist ein unmögliches Verfahren, namentlich wenn uns unter den größten Beschimpfungen und Drohungen mit dem Urteil der Totenrichter immer wieder zugemutet wird, alles zu verfluchen, was wir bisher angebetet haben, und nur noch den neuen Gott zu verehren. —

\* \* \*

Es sei nun versucht, Ordnung und Folge in das Chaos zu bringen und zugleich eine zureichende Kritik zu geben. Ganz kann das nicht gelingen, weil man dann ein ebenso dickes Buch darüber schreiben müßte — und mir scheint, als habe man besseres zu tun.

Der Ausgangspunkt des L.schen Denkens ist untadelhaft: es ist der schon geschilderte, jedem Fachmann sattsam bekannte Zustand unserer theoretischen Ökonomik, die man sehr höflich als einen Trümmerhaufen

charakterisiert hat. Zuerst hat der Sozialismus durch St. Simon, Sismondi, Rodbertus, Marx, Proudhon usw. das alte klassische Lehrgebäude, das zur reinen Apologetik, zur Klassenadvokatie der Bourgeoiswirtschaft, entartet war, in die Luft gesprengt, dann hat der Historismus der Schmollerschule alle theoretische Bemühung, in Deutschland wenigstens, mit Bann und Interdikt belegt, und schließlich hat die österreichische Schule mit ihren Annexen vorwiegend Psychologie — und zwar eine ziemlich wilde — und neuerdings gar Methodologie betrieben und kecklich behauptet, das sei Ökonomik. Das Ergebnis war bei guten Köpfen, wie z. B. Amonn und Schumpeter, eine bis zur Verzweiflung gehende Resignation, und bei den weniger guten eine fürchterliche Konfusion. Davon legt das erste als solches angelegte System der Theorie der Österreicher — vorher gab es nur Einzeluntersuchungen —, das v. Wiesers, schreckliches Zeugnis ab. Es ist der Bankerott!

Liefmann ist nun der Meinung, daß diese Verwirrung nur daher stamme, daß die bisherige Theorie fortwährend Wirtschaft und Technik miteinander verwirrt habe. Sie sei immer, und ohne eine andere Ausnahme als Gossen, „technisch-materialistisch“ gewesen. Die Anschauung ist nicht ohne Grund, wenn sie auch übertrieben und aufgebauscht wird<sup>1)</sup>. In der Tat beginnt alle große Verwirrung in der Theorie bereits vor Adam Smith mit dem groben Schnitzer der bekannten Kapitalstheorie. Das Problem war, wie ein rentierender Eigentumstitel (jetzt genannt „Kapital in privatwirtschaftlichem Sinne“) zu dem Einkommen des Profits kommt: und die Klassik antwortete durch die logische Volte, die produzierten Produktionsmittel (jetzt genannt „Kapital in volkswirtschaftlichem Sinne“) gleichfalls „Kapital“ zu nennen, und nunmehr den Profit des ersten auf die Produktionsvermehrung des zweiten zu beziehen. Aus dieser Wurzel stammen in der Tat fast alle Irrungen und Wirrungen der Lehre von der Verteilung.

Dann hat — und namentlich diesen Punkt hebt L. mit Kraft und Geschick glücklich heraus, wie er denn überhaupt in der Kritik häufig seine angeborene theoretische Stärke zeigt — dann hat die Grenznutzenschule einen ganz ähnlichen grundsätzlichen Fehler begangen, und zwar vor allem in ihrer ebenso berühmten wie verzwickten Lehre von der „Zurechnung“. Hier wird der angeblich ausscheidbare „produktive Beitrag“ jedes der beteiligten „Produktionsfaktoren“ für die Anteile verantwortlich gemacht, die die Eigentümer des Bodens, des „Kapitals“ und der „Arbeitskraft“ an dem gemeinsamen Produkt erhalten, als „Wert“ ihrer Leistung. L. hat durchaus Recht, wenn er gegen diese Theorie zu Felde zieht, die in der Tat bereits prima vista, ganz abgesehen von ihren inneren Widersprüchen, eine logische Unmöglichkeit ist.

Unzweifelhaft — auch das ist wahr — ist diese ganze Theorie der Zurechnung nichts anderes als eine Modernisierung der alten falschen Lehre von den „produktiven Diensten“ der „Produktionsagenten“, wie sie schon Say und namentlich Bastiat vorgetragen haben, und wie sie vor allem Ricardo in seiner genialen Differential-Theorie für die Grundrente aufgebaut hat. Auf das Kapital angewendet, hat sie dann zu den verschiedenen, heute wohl allgemein als durchaus unhaltbar anerkannten Theorien von der „Wertproduktivität“ des volkswirtschaftlichen Kapitals geführt. Schon hier war der logische Fehler grob: die Vorstellung, daß Boden und produzierte Pro-

<sup>1)</sup> Die Alten haben die Grenze nicht beachtet, aber es ist falsch zu sagen, daß sie Wirtschaft und Technik verwechselt haben (z. B. S. 5).

duktionsmittel ein Einkommen haben können. Aber er wird noch größer in der grenznutzlerischen Variante: denn sie will bekanntlich alle Erscheinungen der Wirtschaft auf psychische Wertschätzungen zurückführen — und da fehlt vollends das logische Bindeglied zwischen einem materiellen Anteil am technischen Erzeugnis auf der einen — und der inneren Wertschätzung dieses Anteils durch das Individuum, das das Erzeugnis begehrt, auf der anderen Seite.

Diesen logischen Widerspruch hat L. auf das Stärkste empfunden, und wie gesagt, sehr hübsch und treffend nachgewiesen. Und nun ergab sich ihm die Aufgabe, das als falsch erkannte System durch ein richtiges zu ersetzen, und zwar durch ein einheitliches, in sich geschlossenes. Bis hierher ist, abgesehen von den unerträglichen Unarten der Darstellung, nichts zu bemängeln.

Auch noch nicht beim nächsten Schritte! Es war mit Recht erkannt worden, daß mindestens der Hauptteil der Fehler der älteren Theoretik auf der Verwirrung von Wirtschaft und Technik beruhte. Die Aufgabe war also, die Grenzlinie zwischen beiden genau festzulegen und auf das Sorgfältigste zu respektieren. Und hier beginnt nun der Weg abzuzweigen, der, wenigstens nach meiner unmaßgeblichen Überzeugung, Liefmann völlig in die Irre geführt hat.

Er nennt die ältere Auffassung „technisch-materialistisch“. Schon aus der Wortwahl geht hervor, daß er alles in ihr für technologisch hält, was sich auf materielle Dinge, Güter also, bezieht. Und das ist der Grundfehler. Ich will versuchen, mich in möglichster Kürze verständlich zu machen.

Unsere Wissenschaft baut sich in drei Stockwerken auf, deren unterstes eigentlich einer eigenen selbständigen Nachbarwissenschaft zugehört, der Psychologie. Da diese aber leider, wie L. wieder mit Recht — allerdings längst nicht als Erster — feststellt, die nötige Arbeit bisher nicht geleistet hat, so hat die Ökonomik sie wohl oder übel selbst in Angriff nehmen müssen; und zahlt denn auch heute noch das Lehrgeld des Dilettanten. Hier ist zu untersuchen, welche Motive den Menschen überhaupt zum „Wirtschaften“ veranlassen, welche Erwägungen ihn in jedem Augenblicke leiten usw., und hier ist die Begriffsbestimmung der „Wirtschaft“ zu finden, die dem Betrieb der Ökonomik selbst bereits zugrunde liegen muß. Jede Wissenschaft muß ja ihre grundlegenden Definitionen und Axiome einer anderen entnehmen, außer der Logik und ihrer Anwendung, der Mathematik.

Die eigentliche Ökonomik zerfällt nun wieder in mehrere Stockwerke. Sie ist die Lehre von der Gesellschaftswirtschaft einer Wirtschaftsgesellschaft<sup>1)</sup>. Und darum hat die Ökonomik folgenden naturgemäßen Aufbau: zuerst die Lehre von der Wirtschaftsgesellschaft, namentlich der uns vor allem interessierenden: der um einen Markt zentrierten, entfalteteten: ihre Entwicklung aus der noch unentfalteten, noch marktlosen, zu immer höheren Stufen der Kooperation, und ihre typische Zusammensetzung, typisch, insofern man

<sup>1)</sup> So sage ich, um den Ausdruck „Volkswirtschaft“ zu vermeiden, der für mich allerdings ungefähr ein „politisch-wirtschaftlicher Begriff“ ist (L. S. 123), und den ich für die Stufenfolge (Dorf-, Stadt-, Territorial-, Volks-, Weltwirtschaft) aufzubewahren wünsche. Wir dürfen aber, wenn wir uns dieser strengeren Ausdrucksweise bedienen, nicht vergessen, daß die älteren Autoren sehr oft „Volkswirtschaft“ als synonym mit „Gesellschaftswirtschaft“ (leider auch mit „Wirtschaftsgesellschaft“ gebraucht haben, ohne jeden politischen Nebenklang. Das sieht L. selbst (z. B. S. 130—131).



hier von allen temporären und nationalen Besonderheiten abstrahiert. Das ist in meiner Terminologie die „ökonomische Soziologie“.

Dann hat als zweiter Hauptteil die Lehre von der Gesellschaftswirtschaft, die „Sozialökonomik“, zu folgen. Da nun eine Gesellschaft regelmäßig aus einzelnen besteht, die — wir haben es schon gegen Diehl bemerkt — regelmäßig ihre Sonderzwecke durch die Vergesellschaftung zu erreichen streben, Zwecke, die sie isoliert entweder gar nicht oder doch nur in geringem Maße erreichen könnten, so zerfällt dieser zweite Hauptteil wieder naturgemäß in zwei Unterteile: erstens die Lehre von der Einzelwirtschaft, die ich als „Personalökonomik“<sup>1)</sup> bezeichnet habe, weil es sich um die Wirtschaft „ökonomischer Personen“ (Ad. Wagner) handelt; — und zweitens die Lehre von der Marktwirtschaft (meine „Nationalökonomik“).

Es ist klar, daß man ohne genügendes Verständnis der psychologischen Grundlagen die personalökonomischen Probleme nicht befriedigend stellen und lösen kann, und daß man wieder ohne genügendes Verständnis der Personalökonomik die Lehre von der Marktgesellschaft und ihrer Wirtschaft nicht voll ausbauen kann.

Das ist Liefmanns richtiges Empfinden, und von diesem läßt er sich leiten. Aber er macht sofort beim ersten Schritt einen verhängnisvollen Fehler. Weil im untersten Stockwerk psychologische, nur psychologische Kräfte wirken (und selbstverständlich per definitionem keine anderen wirken können), schließt er, daß auch bis ins oberste Stockwerk der Marktwirtschaft hinein keine anderen wirksam sein können. Und kommt so zu den Vorstellungen, die seiner Lehre den Namen gaben, zu der „psychischen Theorie“ der Wirtschaft.

Das ist das *πρῶτον πνεῦδος!* So löblich es nämlich ist, daß L. die Einheit der Kraft mit allem Nachdruck betont, die in allen drei Stockwerken das Getriebe der Wirtschaft in Gang hält, so falsch ist es, daß er dabei der Transformation der Kraft in verschiedene Erscheinungsformen nicht gerecht wird. Wenn ein Beispiel aus anderem Gebiete — es ist vielleicht nicht einmal ein sehr fremdes — zur Illustration herangezogen werden darf, so ist sicher alle Energie auf diesem Planeten Sonnenwärme, gegenwärtige oder in Kohle usw. oder in gehobenem Wasser aufgespeicherte. Aber was gewinnen wir an spezieller Erkenntnis, wenn wir immer nur — und mit Recht — behaupten, daß die mechanische Energie, die z. B. den Motor dreht, und die elektrische, die in Glühlampen und Werkmaschinen Arbeit leistet, daß die chemische Energie in der Pflanze, die Willensenergie in Ganglion und Nerv, die die Handlung richtet, und die Muskelenergie, die in der Bewegung zutage tritt, Sonnenwärme ist?! Es ist gut, das zu wissen, vielleicht notwendig, es zu wissen, aber dann beginnt doch wohl für Elektrotechnik, Physiologie, Psychologie und Soziologie erst ihre eigentliche, ihre Sonderaufgabe?! L. wird nicht müde, zu wiederholen, daß im ganzen Umfang der Ökonomie bis zuletzt von nichts anderem die Rede sein darf, als von „psychischen Erwägungen“, von „Nutzen- und Kostenvergleichen“. Das kann uns nicht bis ans Ende führen.

Tatsächlich liegen die Dinge so, daß in der Personalökonomie diese Erwägungen als Motive der Handlungen eine sehr starke Rolle spielen.

<sup>1)</sup> Ungefähr das gleiche nennt man neuerdings öfter „Privatökonomie“. Der Name ist schlecht, weil er bereits für die Kunstlehre der Einzelwirtschaft in Gebrauch ist; freilich gehen diesen Autoren Theorie und Kunstlehre regelmäßig durcheinander.

Aber sie werden schon sozusagen objektiviert an äußeren Objekten, unter denen materielle Objekte, die sog. „Güter“, besonders auffallen. An diese Objekte fixiert sich die Erfahrung, daß sie die Fähigkeit haben, gewisse Bedürfnisse zu befriedigen, als ihr „subjektiver“, — und fixiert sich ebenfalls die Erfahrung, daß zu ihrer Erlangung gewisse Widerstände überwunden, gewisse „Kosten“ aufgewendet werden müssen, als ihr objektiver „Wert“; und es ist der aus beidem, aus Nutzen und Kosten „kombinierte Wertmaßstab“, der die Handlungen des Einzelwirtes, der einzelnen „ökonomischen Person“ bestimmt<sup>1)</sup>.

Sobald wir aber zum obersten, zum dritten Stockwerk, dem der Marktwirtschaft kommen, hat sich die ursprünglich rein psychische Energie bis zur Unkenntlichkeit in eine ganz andere Form transformiert. L. spricht selbst, ganz richtig, an unzähligen Stellen von dem „tauschwirtschaftlichen Mechanismus“; und das ist er in der Tat: ein Mechanismus, der nur durch eine einzige Kraft bewegt wird: durch Angebot und Nachfrage, die auf die Dauer und im Durchschnitt, d. h. in dem Gedankenbilde der Statik, den Preis aller „kostenden Objekte“ auf ihren „Wert“ im Sinne der alten Theorie, auf ihren „natürlichen Preis“, den „statischen Preis“ der Neueren, zu fixieren tendiert und dadurch, durch Attraktion und Repulsion, das Ausmaß der Produktion und gleichzeitig die „Distribution“ reguliert<sup>2)</sup>. Die psychischen Kräfte haben sich hier vollkommen in quantitativ meßbare, aneinander wägbare, wenn Liefmann will, materialistische Kräfte verwandelt, und nur von dieser, ihrer neuen Form ist hier noch die Rede, darf hier noch die Rede sein,

Dieser Mechanismus ist es, der die Klassiker vor allem interessiert hat, und er bietet denn auch in der Tat die nationalökonomisch vor allem interessanten Probleme dar<sup>3)</sup>. Daher kommt ihre „quantitativ-materialistische“ Stellungnahme, die L. mit Recht angreift, wo sie Technologisches, dem Gebiet der Erzeugung der Güter Angehörendes, in die wirtschaftlichen Erörterungen eingeschmuggelt haben; die er aber zu Unrecht angreift, wenn er ihre grundsätzliche Methode bemängelt. Daß man mit ihrer Methode, richtig angewendet zu einem, von allem Technologischen freien System gelangen kann, glaube ich dargetan zu haben; ich spreche in der Nationalökonomik nur noch vom „Produzieren“ und seinen Ableitungen im Sinne von „zu Märkte bringen“; vom „Erzeugen“ usw. ist durchaus nicht mehr die Rede, ebenso wenig von „Zurechnung“, außer einmal, um zu zeigen, daß die allgemeine Überzeugung fälschlich dem Kapital in volkswirtschaftlichem Sinne den Profit zurechnet,

<sup>1)</sup> Liefmann behauptet, auch diesen Gedanken zuerst entwickelt zu haben. Gegen die Grenznutzler hat er Recht. Mir kann er die Priorität nicht wohl bestreiten (vgl. meine „Theorie“, S. 341/2). Er ist nur viel ausführlicher als ich, aber erstlich ist der Grundgedanke des Nutzen- und Kostenvergleichs bei mir völlig klar dargestellt, und zweitens sind mir seine Einzelausführungen sehr bedenklich. Davon später.

<sup>2)</sup> Es scheint, als ob wir damit für L. lauter Sakrilegien begingen. Wir können es nicht genau wissen, da der zweite Band noch nicht vorliegt. Aber für ihn „sind die Preise niemals das Maß irgendeines Güterwertes“ (S. 9); er will von der „statischen Auffassung durchaus nichts wissen“ (S. 8 Anm., S. 29/30, S. 447). Den Verteilungsgedanken nennt er eine „Fiktion“ (S. 166).

<sup>3)</sup> Aus diesen Gründen, dem dogmenhistorischen und dem des Interesses, habe ich denn auch diesen zweiten Teil der Sozialökonomik als „Nationalökonomik“ bezeichnet. Er deckt sich fast völlig mit dem von den Klassikern behandelten Problembereich.

der in der Tat der Monopolgewinn des Klassenmonopols an Grund und Boden ist; ich gebrauche das Wort „Kapital“ ex professo nur für das Privatkapital, den „rentierenden Eigentumstitel“, und nenne das produzierte Produktionsmittel „gesellschaftliches Beschaffungsgut“; ich erkläre mehrfach, daß die Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft auf dem Markte, streng gesehen, auch dann nur immaterielle Leistungen, „Dienste“, tauschen, wenn sie Güter tauschen, weil der Stoff, an den die Leistung fixiert ist, an sich keinen Wert hat, und darum nicht Gegenstand der Wirtschaft sein kann. Und ich erkläre weiter, daß es zwischen den Marktbesuchern nur zwei Arten der Beziehung gibt: als Kontrahenten eines Tauschgeschäfts, und als Konkurrenten um ein Tauschgeschäft; daß alle „Erzeugung“ (in L.s Terminologie „Produktion“) nur in die Personalwirtschaft gehört und keinem anderen Zwecke dient, als der Versorgung des Erzeugers selbst (nicht etwa seiner Abnehmer) mit den Mitteln seiner Bedarfsbefriedigung, sei es unmittelbar in der Selbstversorgung, sei es mittelbar durch Tausch des Erzeugten gegen das von anderen besessene Bedurfte. Ich fordere L. auf, mir auch nur eine einzige Stelle meiner Bücher zu zeigen, wo ich die Grenze zum Technologischen hin überschritten habe. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß man mit der — richtig angewandten — Methode der Klassik sich sehr wohl im Gebiete des eigentlich Wirtschaftlichen halten kann.

Wenn L. das nicht sieht, so liegt das an der schon dargestellten Verwechslung zwischen dem Technologischen und dem quantitativ Bestimmten dieser klassischen Methode. Hier ist er, wie auch sonst vielfach, durchaus in den Gedankenkreis der Schule verstrickt, die er fast am leidenschaftlichsten bekämpft, der Grenznutzentheoretiker. Er nimmt ihr verwerfendes Urteil über die klassische Auffassung, die nicht mit subjektiven (Intensitäts-), sondern mit objektiven (Extensitäts-) Größen rechnet, unbesehen an. Er charakterisiert den Standpunkt der „Arbeitswerttheorie“ folgendermaßen (S. 518): „Alle Güter kosten im letzten Grunde nur Arbeit, daher ist ihr Wert auch entsprechend der in ihnen verkörperten Arbeit.“ Diese Charakteristik ist falsch! Sie gilt nur für den einen Teil der Güter, nämlich für die Klasse der „beliebig reproduzierbaren“ Güter, aber ausdrücklich nicht für die Monopolgüter! Daß die Klassiker selbst bei der Anwendung ihrer Methode die Monopolgüter völlig vernachlässigt haben, war ihr schwerer Fehler; war der einzige Grund dafür, daß sie nicht erklären konnten, warum „der Wert mancher Güter enorm über der in ihnen verkörperten Arbeit steht“; warum „Wert der Güter und Arbeit keinesfalls proportional sind“, und warum „es doch auch Güter gibt, die gar nicht produziert werden können und dennoch einen ‚Wert‘ haben und einen Preis erzielen“ (1c). Diese Abweichungen von der Regel lassen sich ohne weiteres erklären, wenn man den Monopolbegriff richtig heranzieht<sup>1)</sup>.

Hier ist L. den Grenznutzlern blind gefolgt, was schon daraus hervorgeht, daß wir soeben die einzige Stelle in dem ganzen starken Bande zitiert haben, wo von diesen wichtigen Dingen überhaupt die Rede ist. Und das ist ein schlimmes Zeichen für jemanden, der so hohe Ansprüche an seine Kritiker stellt, sie also auch wohl an sich stellen mußte. Er führt öfter meine

<sup>1)</sup> Richtig, d. h. nicht nach L.'s Methode. Er hat die Terminologie verdorben und nicht erkannt, daß „beschränkte Konkurrenz“ im Sinne der Klassiker doch auch Monopol ist. Vgl. dazu mein „Wert und Kapitalprofit“, Jena 1916, S. 81 ff.

Arbeiten an, fast immer strikt ablehnend, einmal sogar mit einer Form der Kritik, die ich, wenn ich milde sein will, nur als Ungezogenheit kennzeichnen kann (S. 553) — ich komme darauf zurück —; und erwähnt doch nirgends, daß ich die Gründe billige, aus denen die Grenznutzentheoretiker die klassische Wertlehre aufgegeben haben — sie dreht sich in der Tat im Zirkel —, daß ich aber eine Formel für den Tauschwert gefunden zu haben glaube, die diesen logischen Fehler vermeidet<sup>1)</sup>. Damit ist das Wiederaufnahmeverfahren vor dem Forum der Wissenschaft gesichert: denn die objektive Werttheorie ist nur wegen dieses einen genau bezeichneten Fehlers aufgegeben worden; wenn dieser Fehler ihr nicht essentiell, sondern nur akzidentell ist, wie ich behaupte und nachgewiesen zu haben glaube, dann steht sie wieder vollberechtigt auf dem Kampfplatz, um so mehr, als inzwischen der Bankerott der Grenznutzler erklärt ist.

L. aber, der irr tümlicherweise den Rückweg zur objektiven Theorie der Marktwirtschaft ungangbar glaubt, wählt nun den einzigen Weg, der ihm noch offen zu sein scheint, den Weg der konsequenten, subjektiven, psychischen, ausschließlich psychischen Erklärung. Auch in der Marktwirtschaft, überhaupt im ganzen Gebiet der Wirtschaft, soll keine andere Kraft wirksam sein, als das „Nutzen und Kostenvergleichen“. Zu dem Zwecke muß er alle naturgegebenen Grenzlinien zwischen der Psychologie und der Wirtschaft, und hier zwischen der Personalwirtschaft und der Marktwirtschaft nach Möglichkeit verwischen. Das erste gelingt ihm durch ein erstaunliches Qui-pro-quo. Zwar nennt er selbst die individuellen Zwecke (in Übereinstimmung mit mir, dem Motiv und Zweck als ebenso „außerwirtschaftlich“ gelten wie der Konsum) gelegentlich „vorwirtschaftlich“ (z. B. S. 13)<sup>2)</sup>; aber dann identifiziert er dieses Vorwirtschaftliche dennoch mit dem rein Wirtschaftlichen, und zwar zunächst dem Personalwirtschaftlichen meiner Auffassung. S. 288 findet sich die folgende Stelle: „Nutzen und Kosten, Lust- und Unlustgefühle vergleichen nach dem ökonomischen Prinzip, oder möglichst großen Nutzen oder Genuß mit möglichst geringen Kosten zu erlangen suchen, das ist wirtschaftliches Handeln.“ Also vergleichen ist handeln? Damit ist die Grenzlinie verletzt, die das Psychologische vom Wirtschaftlichen trennt. Vergleichen ist ein Psychisches, Handeln ist erst seine Folge, ist etwas auf materielle Dinge Gerichtetes, ist Ausgabe von Körperenergie zu Zwecken, ist nichts Psychisches mehr, sondern nur noch (selbstverständlich, denn wir sprechen ja von bewußten menschlichen Zweckhandlungen) etwas psychisch Verursachtes — wie der Gedanke etwas durch Sonnenenergie Verursachtes ist, etwas völlig Transformiertes und gerade nur in dieser neuen Gestalt Interessantes<sup>3)</sup>.

Die Dinge liegen so, daß natürlich — unter dem Gesichtspunkt der Einheit der Kraft — jeder Wirtschaftler in den Wertdingen<sup>4)</sup>, die er begehrt,

<sup>1)</sup> Vgl. „Theorie“ S. 354 ff. und „Wert und Kapitalprofit“, passim. z. B. S. 54.

<sup>2)</sup> Der Zweck wird als gegeben vorausgesetzt (S. 141).

<sup>3)</sup> „Jede Tätigkeit ... ist nur Mittel, wir kommen auf etwas Psychisches; Wirtschaften ist das Disponieren, Erwägungen anstellen, wie die aufzuwendenden Mittel, nicht materialistisch, sondern im Sinne der Logik (?) aufgefaßt, also Anstrengungen, Opfer, Unlustgefühle, das Maximum an Genuß ergeben“ (S. 432). Danach wäre der vollkommene Wirt der Pläneschmied, der Grübler, der niemals etwas ausführt!

<sup>4)</sup> Ein für alle Male: Wertdinge nenne ich alle kostenden Objekte: Güter, Dienste (immaterielle Leistungen) und „Rechte und Verhältnisse“.

gewisse Lustwerte erstrebt, die sie ihm erfahrungsgemäß bereiten, oder die er durch sie zu erlangen glaubt; und daß er auf der anderen Seite in den Wertdingen, die er auf ihre Beschaffung verwendet, sei das nun Arbeit oder sonst ein Wertding, gewisse Lustwerte als „Kosten“ opfert, oder gewisse Unlust (an Arbeitsmühe z. B.) auf sich nimmt. Aber das sind für die wirtschaftliche Betrachtung gegebene Größen und Voraussetzungen: was uns in der Personalökonomie allein noch interessiert, ist, daß der Mensch in seiner Wirtschaft gewisse Dinge begehrt, und bereit ist, dafür gewisse andere Dinge aufzuwenden, und zwar nach dem Prinzip des kleinsten Mittels. Damit ist der Schritt vom Subjektiven zum Objektiven, von der Psychologie zur Ökonomik, von der vorwirtschaftlichen Erwägung zur wirtschaftlichen Handlung getan.

Und diese Handlungen der zur Wirtschaftsgesellschaft verbundenen Einzelwirte sind nun wieder die „gegebenen Größen“ der Marktwirtschaft und die Voraussetzung der Nationalökonomik. Lust und Unlust, Begehren und Opfer erscheinen auf dem Markte als „materielle“ Quantitäten, als Angebot von Wertdingen, das gleichzeitig Nachfrage nach anderen Wertdingen ist, und als nichts anderes. Dem Identitätsprinzip der Wissenschaft ist durchaus Genüge getan, das Kompliment vor der „Einheit der Kraft“ ist gemacht, wenn man ein Mal für alle Male konstatiert hat, daß die Marktwirtschaft als tauschwirtschaftlicher Mechanismus das kleinste Mittel zum größten Erfolge aller Einzelwirte, aller Personalwirtschaften ist. Und dann beginnt die Aufgabe, die wieder völlig transformierte Kraft in dem Einzigen zu untersuchen, was interessant ist, in den Erscheinungen und Auswirkungen ihrer neuen Gestalt.

Diesen offenen Weg zu gehen wird L. durch mehrere Dinge verhindert: Erstens durch sein allbeherrschendes Dogma, das der Einheit der Kraft, dem „Identitätsprinzip“, nur gerecht werden zu können wähnt, wenn er die verschiedenen Erscheinungsformen der Kraft, ihre Transformationen, schlangweg leugnet; und dann durch seine soziologisch unzureichenden Vorstellungen vom Begriff einer „Gesellschaft“. Er sagt — namentlich gegen Diehl, und macht den gleichen Fehler wie dieser, nur mit umgekehrtem Vorzeichen (S. 52): „für die ökonomische Theorie gibt es keine ‚Gesamtwirtschaft‘, . . . . ., sondern es gibt nur Einzelwirtschaften und deren Beziehungen.“ Der letzte Satz ist richtig und steht auch in meiner „Theorie“ (S. 163). Aber nichtsdestoweniger ist der erste Satz falsch: es gibt schon eine Gesamtwirtschaft, eine Gesellschaftswirtschaft. Wenn Diehl im Walde die Bäume nicht sieht, so sieht L. vor Bäumen den Wald nicht. Ob diese Gesamtwirtschaft ein Organismus ist oder nicht, ist eine müßige Frage, bei der nichts herauskommt<sup>1)</sup>; daß sie aber eine Einheit ist, gibt L. selbst zu, wenn er von „tauschwirtschaftlichen Mechanismus“ spricht (S. 53). Er bildet, das ist L. zugegeben, keine rechtlich geschaffene Einheit, sondern eine, aus den natürlichen Trieben der Menschen, aus dem Prinzip des kleinsten Mittels, erwachsene Einheit, aber doch eine Einheit, ein funktionierendes Ganze. Und ihr „Zweck“ (S. 128) ist Kooperation als das kleinste Mittel des einzelnen.

Das will L. grundsätzlich nicht zugeben (wenn er es auch angebrachtermaßen fortwährend anerkennen muß). Und darum besteht die scharfe Grenze,

<sup>1)</sup> Übrigens sind L.s Vorstellungen vom Wesen eines Organismus überaus — selbständig (S. 53). Es ist kein Raum, um darauf einzugehen.

die wir zwischen der Personalwirtschaft und der Marktwirtschaft ziehen, für ihn nicht. Die weitere Folge ist, daß in diesem ungeschiedenen Ganzen nur eine Kraft wirkt und das Getriebe reguliert: die „rein psychische“ Nutzen- und Kostenvergleichung. Und damit ist denn das Identitätsprinzip der Wissenschaft gerettet — wie L. es versteht.

Nun ist aber die natürliche Trennung in Einzelwirtschaft und Gesamtwirtschaft so gebieterisch, daß L. ihr nicht ganz ausweichen kann. Er versucht, sie zu ersetzen durch seine Scheidung zwischen „Konsumwirtschaft“ und „Erwerbwirtschaft“.

Diese Scheidung ist nicht nur künstlich, sondern geradezu gewaltsam. Jede normale Personalwirtschaft ist gleichzeitig „Konsum-“<sup>1)</sup> und „Erwerb- wirtschaft“, erstrebt Lustgefühle für das Opfer von Unlustgefühlen. Die Unterscheidung wird denn auch nur gemacht, um die verpönte Gesamtwirtschaft unter der Maske von besonders entfalteten, betriebsmäßig von ihren Konsumwirtschaften getrennten „Erwerbwirtschaften“ einzuschmuggeln. Und das wieder ist nur möglich durch Prokrustes-Künste an den Begriffen.

Wir sollen verstehen, „daß die Unterscheidung von Konsumwirtschaften und Erwerbwirtschaften nur möglich ist in der Geldwirtschaft, im Tauschverkehr“ (S. 363). Wir können es aber nicht verstehen! Hat der Naturalbauer, hat Robinson keine Erwerbwirtschaft, die man von seiner Konsumwirtschaft begrifflich gerade so gut oder so schlecht unterscheiden kann, wie in der gesamten Personalwirtschaft irgend eines Zeitgenossen, wenn er nicht etwa „abhängig“ ist, wie ein Hauskind oder ein Stiftsinsasse? (S. 367).

Nein, sagt L., denn der Naturalbauer und Robinson haben kein Einkommen. „Einkommen können, wenn man den tauschwirtschaftlichen Mechanismus erklären will, nun einmal unter keinen Umständen als Gütermengen aufgefaßt werden, obgleich das noch manchmal ausdrücklich erklärt wurde (Oppenheimer, Schumpeter), sondern sie sind Geldsummen, die den Wirtschaftlern aus ihrer Erwerbstätigkeit zufließen, und die Grundlage für ihre Konsumwirtschaft bilden“ (S. 84).

Ipse dixit! Wenn er Recht hat, bin ich übel dran, denn die einzige Möglichkeit, den Wert auf objektive Weise ohne Zirkelschluß abzuleiten, ist gegeben, wenn das Einkommen als eine Gütermenge aufgefaßt werden darf<sup>2)</sup>: Diese Möglichkeit verriegelt L. mit seinem Machtspruch — und dann gibt es freilich nur noch eine mögliche Theorie —, wenn es überhaupt noch eine geben kann, nämlich seine eigene. Also entschieden ein „starker Zug“.

Zum Glück entscheidet in der Wissenschaft nicht die Sicherheit des Auftretens, sondern die Güte der Gründe. Und diese Gründe sprechen einhellig gegen L.s Auffassung. Selbstverständlich ist das Einkommen eine Gütermenge! Hunderttausende von Jahren vor Erfindung des Geldes haben die Menschen gearbeitet und aus ihrer Arbeit ein Einkommen bezogen; das Einkommen des Robinson<sup>3)</sup>, des Naturalbauers, bestand in Gütern, nicht in Geld, und war doch ein unzweifelhaftes Einkommen; es war, gerade wie

<sup>1)</sup> Übrigens ist der Ausdruck auch noch sehr ungeschickt. Der Konsum ist gerade so außerwirtschaftlich, „nachwirtschaftlich“, wie das Motiv und der Zweck, die „vorwirtschaftlich“ sind. Wirtschaft umfaßt nur die Abschnitte der Beschaffung und der Verwaltung, von der L. niemals spricht, und reicht nur bis zum Beginn der „Verwendung“, meinethalben des Konsums.

<sup>2)</sup> Vgl. mein „Wert und Kapitalprofit“ S. 46.

<sup>3)</sup> Den L. kaum als Vertreter einer Wirtschaft gelten läßt, vgl. z. B. S. 170, 196, 362.

das Geldeinkommen, um so größer, je fleißiger, glücklicher und besser ausgerüstet der Wirt war. Und noch heute, mitten in der Geldwirtschaft, gibt es unzählige Existenzen, die ihr Einkommen nicht in Geld, sondern ganz oder zum Teil in Gütern erhalten: Deputat-Arbeiter, häusliches Personal usw. Und der Staat ist „technisch-materialistisch“ genug, um auch dieses Natural-einkommen gerade so zu versteuern, wie das reine Geldeinkommen.

L. sagt: „Wohl könnte der Staat allen Tauschverkehr verbieten, und man könnte die Unterhaltsmittel, die eine Naturalwirtschaft gewinnt, schließlich auch Einkommen nennen. Aber dieser Begriff und die Probleme, die sich an ihn knüpfen, sind nur aus dem Tauschverkehr entstanden und mit seiner Beseitigung fallen auch sie hinweg“ (S. 539). Ich möchte wirklich wissen, wie man jene Unterhaltsmittel anders nennen könnte? Es mag in der Tat wahr sein, daß der Begriff Einkommen erst mit der Geldwirtschaft entstand, obgleich auch das mir zweifelhaft ist: die Begriffe „reich“ und „arm“ (die großes bzw. kleines Vermögen<sup>1)</sup> und Einkommen bedeuten) finden sich bereits jedenfalls überall auf den Stufen der höheren Fischer und der Hirten. Aber es geht mit vielen Begriffen nicht anders, daß sie erst entstehen, lange nachdem die zugehörige Erscheinung bestand. Die Begriffe Gravitation, Elektrizität, Verdauung, Stoffwechsel usw. sind viel jünger als die zugehörigen Fakten, und auch Herr Jourdain erfuhr eines Tages zu seiner großen Überraschung, daß er Prosa spreche.

Man sieht die aller Logik widersprechende Künstelei. Die Aufgabe der Theorie ist überall, den Oberbegriff festzustellen und ihm die Unterbegriffe unterzuordnen. Offenbar ist der Oberbegriff von Einkommen der Zufluß von Wertdingen aller Art in eine Personalwirtschaft, und einer seiner Unterbegriffe ist der Zufluß von Geld, barem oder Rechengeld, das nun natürlich nichts anderes ist, als der Repräsentant einer Menge von Wertdingen, als eine „Anweisung“ auf den Vorrat des Marktes. Aber diese klare, durch Sprachgebrauch, Rechtspraxis und Wirtschaftsgeschichte vorgeschriebene Definition widerstreitet der „psychischen“ Theorie, und darum fällt, nicht etwa die dadurch als unbrauchbar erwiesene Theorie, sondern die Logik und der Zusammenhang der Dinge. Das ist L.s Methode! Er hat sich einmal in den Kopf gesetzt, daß die Wirtschaft nur mit psychischen Erwägungen, aber nicht im mindesten, mit materiellen Dingen zu tun habe, und so wird denn jede entgegenstehende Tatsache auf den beiden Betten des Prokrustes entweder zerhackt oder aus den Gelenken gerent.

Aber es handelt sich bei alledem nicht nur um den Ausgangspunkt der ganzen Theoretik, an dem ihr Erfinder mit solcher Hartnäckigkeit festhält, sondern auch um den Endpunkt der gesamten Erörterung, um das „thema probandum“, das ihm vor der Untersuchung feststand<sup>2)</sup>. Und das ist die Lösung des Problems von Kapital und Profit.

Die Lösung wird sorgfältig vorbereitet, und zwar durch den überaus wortreichen Ausbau der neuen Lehre vom „Konsumertrag“. An und für sich

<sup>1)</sup> Auch „Vermögen“ ist für L. ein lediglich der Geldwirtschaft angehörendes Phänomen! Was dazu wohl die Hintersassen der vorgeldwirtschaftlichen Feudalherren sagen würden? (vgl. S. 621).

<sup>2)</sup> Hierin liegt für meine Auffassung kein Vorwurf, und am wenigsten ein sittlicher. Es ist nach meiner Meinung überall die erste Aufgabe, festzustellen, worauf ein Autor nach seiner sozialen Lagerung hinaus will; das ist der psychologische Schlüssel zum Verständnis seines logischen Verfahrens, vgl. z. B. die Einleitung zu meinem „Ricardo“.

ist nur das Wort neu: denn von jeher hat man gewußt, daß der Zweck der Wirtschaft in nichts anderem besteht als in einem möglichst großen Überschuß des Genusses über die Aufwendungen. L. selbst zitiert Quesnay als ersten Vertreter dieser Auffassung<sup>1)</sup>. Dann hat die psychologische Schule von Gossen abwärts diese Dinge immer feiner herausgearbeitet; ihr großes, aber auch ihr einziges Verdienst! Sie hat gezeigt, daß das wirtschaftliche Streben dahin geht, bei der Befriedigung sämtlicher Bedürfnisse den gleichen Grenznutzen zu erreichen; nur so ist offenbar die Gesamtbefriedigung am größten. Schumpeter sagt sehr hübsch, das Individuum stehe im Zentrum eines Kreises von Gleichungen, die sämtlich den gleichen Grenznutzen ergeben. Diese Formel genügt L. nicht. Er will nicht zugeben, daß die Grenznutzen ausgeglichen werden, sondern die Grenzerträge, d. h. die psychischen Schätzungen der Differenz zwischen Nutzen und Kosten.

Das Beweisverfahren, dessen er sich zu dem Zwecke bedient, ist aus mehreren Gründen verdächtig. Zunächst der allgemeinen Methode halber. Sie ist im übelsten Sinne grenznutzlerisch. Sie rechnet mit Intensitätsgrößen wie mit Extensitätsgrößen und kommt durch diesen mathematischen Nonsens natürlich zu ebenso unmöglichen Folgerungen wie die Grenznutzler selbst. Wie diese sich z. B. in lächerlicher Weise darüber streiten, ob der „Gesamtnutzen“ durch Multiplikation der Zahl der vorrätigen „konkreten Gütereinheiten“ mit dem Grenznutzen, oder durch Addition oder durch Integration der einzeln betrachteten, nacheinander festgestellten Grenznutzen berechnet werden muß, so weiß L. nicht, ob er die Differenz oder die Relation von Nutzen und Kosten als Grenzertrag zu bezeichnen hat, und entscheidet sich ohne genügenden Grund für die Relation, weil doch einmal entschieden werden muß. Ferner scheint es mir, als wenn er sich des gleichen Fehlers schuldig mache, den er den Grenznutzlern vorwirft: seine Berechnungen ohne Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft des Wirtes an ein paar willkürlich herausgegriffenen Beispielen anzustellen: ein argumentum ad hominem!

Vor allem aber beruht seine Polemik gegen die Grenznutzenschule hier, soviel ich sehe, auf einem starken Mißverständnis. Er behauptet, sie ginge von einer „gegebenen“ Kostenmenge aus, und das eben sei falsch. Denn für die wirtschaftlichen Erwägungen stehe die aufzuwendende Kostenmenge ebenso wenig von vornherein fest, wie die zu beschaffenden Nutzen. Sie beständen gerade darin, daß der Wirt sich überlege, wieviel Kosten, z. B. Arbeit, er aufwenden wolle, um so und soviel Nutzen zu erlangen. Und das ist auch vollkommen richtig.

Aber es beweist nicht das, was L. gern beweisen will. Hier rächt sich die ungenügende Unterscheidung zwischen dem vorwirtschaftlich Psychischen, den Erwägungen, und dem eigentlich Wirtschaftlichen, der Handlung. Wenn die Handlung beginnt, ist die Erwägung abgeschlossen, und dann handelt der Wirt eben mit „gegebenen“, für seine Handlung jetzt fest gegebenen „Kosten“. Hier ist L. durch einen Analogieschluß zu seinem Irrtum gelangt:

<sup>1)</sup> Aber nicht einmal diesem alten Autor kann er das Verdienst lassen. Quesnay beschreibt als Ziel der Wirtschaft: „d'obtenir la plus grande augmentation possible des jouissances par la plus grande diminution des dépenses.“ L. sagt (S. 263) dazu und zu einer anderen Stelle aus Senior: „Beide stellen also als Ziel die Vermehrung des ‚Reichtums‘ hin.“ Wie man das aus dem Quesnay herauslesen kann, ist mir schlechtweg unverständlich. Er spricht ganz unzweideutig von „Genuß“ (jouissances).



in der Tat ist der Hauptfehler der Grenznutzentheorie der, daß sie immer von einem „gegebenen Vorrat“ ausgeht, ohne der Kosten zu gedenken, die seine Beschaffung gemacht hat oder seine Wiederbeschaffung machen wird. Das ist von jeher, auch von mir (Theorie S. 331 ff.) betont worden und bleibt bestehen. Hier aber handelt es sich um ein „Gegebensein“ von ganz anderer Bedeutung, nicht um ein Vorhanden-, Gegenwärtig-, Verfügbarsein, sondern um ein Gegebensein im arithmetischen Sinne als „Datum“ einer Rechnung. Der Wirt hat sich überlegt, wie lange er arbeiten, oder wieviel Geld er ausgeben will oder kann: damit ist das „Ist-Budget“ seiner Wirtschaft „gegeben“ (gleichgültig, ob die Kostenmittel schon zu seiner Verfügung sind oder nur mit Sicherheit erwartet werden), und dann richtet er sich nach Möglichkeit so ein, daß überall gleicher Grenznutzen herauspringt<sup>1)</sup>.

Aber immerhin, — hier mag L. meinethalben gegen die Grenznutzentheoretiker Recht behalten; er mag es mit ihnen selbst ausfechten: mir fehlt dazu die Kompetenz als Psychologe. Ob diese Finesse eine Verbesserung oder Verschlimmerung der „vorwirtschaftlichen“ Grundlage unserer Wissenschaft bedeutet: ihr Betrieb selbst wird dadurch nicht berührt; schon für die Personalökonomik, geschweige denn die Nationalökonomik macht es keinen Unterschied, ob der einzelne auf Ausgleichung der Grenznutzen oder der Grenzerträge hinstrebt.

Das Ergebnis ist denn auch für L. nicht an sich von ausschlaggebendem Interesse, sondern vor allem der Schlußfolgerungen halber, die er daran knüpft. Er findet volle Identität zwischen dem psychischen Unterstock und dem erwerbswirtschaftlichen Oberstock: auch auf dem Markte gilt das Gesetz des Ausgleichs aller Grenzerträge, das L. gleichfalls entdeckt zu haben glaubt. Da es erst im zweiten Bande dargestellt und entwickelt werden soll, kann ich nicht wissen, wie weit es mit dem von mir entwickelten gleichnamigen Gesetze übereinstimmt (vgl. Theorie S. 466/7).

Diese Parallelisierung war das thema probandum: das war das Ziel, auf das der Autor von vornherein unentwegt zusteuerte.

Soweit man nach dem vorliegenden Bande urteilen kann, handelt es sich lediglich um eine grobe logische Erschleichung. Der Gleichklang des absichtlich so gewählten Wortes „Grenzertrag“ wird mißbraucht, um eine Identität des Wesens vorzutäuschen. (Selbstverständlich geschieht das optima fide; ich polemisiere nur mit logischen, nicht mit ethischen Argumenten.) Ich kann auch nicht glauben, daß es dem Autor gelingen wird, diese Identifizierung im zweiten Bande sachlich zu unterbauen. Denn es handelt sich um schlechthin inkomparable Dinge, um Intensitätsgrößen in der Schätzung eines individuellen Subjekts dort, um Extensitätsgrößen in der Preisbestimmung eines gesellschaftlichen Zusammenhanges hier. Hier kann nur von dem für unseren engeren Wissenschaftsbetrieb gleichgültigen, weil völlig unfruchtbarem Gesichtspunkt der Einheit aller Kräfte Identität konstatiert werden; aber jede Anwendung des Satzes auf Sonderprobleme bedeutet eine grobe Erschleichung, und daran kann kein zweiter und kein hundertster Band etwas ändern.

L. aber „konstatiert“ die angebliche Identität gerade zu dem Zwecke, um ein wichtiges Sonderproblem zu lösen, das des Kapitels und des Profits,

<sup>1)</sup> Diese Wortverwechslung hat L. zu der besonders scharfen Polemik gegen Meyn geführt (S. 322). H. hat ganz Recht! L. meint gegeben als vorhanden, Meyn als mathematisches Datum.

wie wir schon sagten. Das ist jetzt außerordentlich einfach! Alle Wirtschaft ist das psychische Erwägen, wie ein möglichst großer Gesamtgrenzertrag erzielt werden kann. Das gilt für jeden Wirt, also auch für den Geldleiher und den Unternehmer; und da psychischer Gesamtgrenzertrag und Geldgrenzertrag dem Wesen nach identisch sind, so ist damit der Profit auf das Überzeugendste abgeleitet!! Er ist überhaupt nur für die „technisch-materialistische“ Auffassung ein Problem: für die psychische eine platte Selbstverständlichkeit. „Man konnte vom Standpunkt der technisch-materialistischen Auffassung der Wirtschaft nicht erkennen, daß alle Gelderträge nicht das Resultat einer Produktivität der Produktionsfaktoren sind, sondern, einerlei, womit sie erzielt sind, aus den Nutzenschätzungen der Konsumenten stammen<sup>1)</sup>, aus dem Umstand, daß man jede Wirtschaftstätigkeit nur vornimmt, wenn man einen Überschuß von Nutzen über die Kosten, einen Ertrag zu erzielen erwartet“ (S. 99). Hier ist die Konfusion wundervoll deutlich. Also: alle Gelderträge stammen aus den Nutzenschätzungen der Konsumenten, so etwa, wie die Rosen des berühmten Blumenmediums aus der vierten Dimension. Danach könnte L. allerdings die soziale Frage sehr einfach lösen. Jeder Konsument hat ganz einfach Nutzenschätzungen vorzunehmen: dann müssen die erforderlichen Gelderträge sich einstellen! Es ist hart, solchen hellen Unsinn lesen und kritisieren zu müssen. L. fährt fort: „Man konnte daher nicht erkennen, daß, wenn jemand . . . Geld gebraucht, der Schuldner dem Darleiher für den Gebrauch des Geldes ebensogut einen Zins zahlen kann und wird, wie wenn er sich eine Axt oder Maschine leiht.“

Da haben wir den alten ehrlichen Bastiat in seiner vollen Glorie, von den Toten, aber nicht zum Ruhme erweckt, denn der Ruhm auch dieser funkelnagelneuen Weisheit gebührt dem großen Liefmann. Muß man heute noch Bastiat widerlegen? Die Frage wieder aufwerfen, weshalb sich Guillaume den Hobel nicht kauft, für seinen ersten Überschuß an Brettern kauft, statt Jacques in alle Ewigkeit den Hobelzins zu bezahlen? Muß man wirklich noch einmal feststellen, daß der Leihzins des Geldkapitalisten nur eine sekundäre Abzweigung von dem primären Profit des Unternehmers ist? Und die Frage aufwerfen, woher es denn kommt, daß Wenige alles Geld oder Kapital in L.s Sinne haben, und die Vielen nichts? Wahrlich, ich habe keine Neigung, Elementarunterricht zu erteilen; und ich kann L. nur den wohlgemeinten Rat geben, erst einmal das Problem des Kapitals und des Kapitalismus zu erfassen, ehe er einem an Jahren älteren Gelehrten, der non sine laude gearbeitet hat, den schließlich doch ein Adolf Wagner für würdig gehalten hat, ihm auf seinem Lehrstuhl zu folgen, Insolenzen sagt, wie die schon einmal erwähnte (S. 553). Ich schrieb in meinem „Wert und Kapitalprofit“ (S. 140): „Kapital ist nach unserer Definition ein nutzbarer Anteil am Klassenmonopolverhältnis.“ Dazu bemerkt L.: „Ich glaube, eine Kritik ist überflüssig. Bei solchen herrlichen Kapitalsdefinitionen sind wir also heute glücklich angelangt. So tief ist unsere Wissenschaft durch ihre Verquickung mit der Soziologie . . . gesunken, daß man solche soziologischen Phrasen als ökonomische Theorie ausgeben darf!“ Habe ich etwa gesagt, Kapital sei ein blauer Affe?! Oder es sei „die Veranschlagung der Kostengüter in Geld als Mittel zur Feststellung eines Geldertrages“, wie L. tiefsinnig definiert (S. 563), ohne zu merken, daß er damit allenfalls eine Umschreibung des Sprachgebrauchs, aber nicht im mindesten eine wissenschaftliche Definition oder gar Erklärung gibt?!

<sup>1)</sup> Von mir gesperrt.

Da ich Geldeinkommen weder aus Einzelschätzungen noch aus der vierten Dimension abzuleiten imstande bin — ich beklage meine Unbegabtheit, aber ich kann mir nicht helfen — so muß ich sie anders ableiten. Nun ist der Profit offenbar ein „Mehrwert“, ein „Kostenüberschuß“ (Schumpeter) über die sämtlichen Kosten der Produktion hinaus, den Gewinn des Produzenten, soweit sein eigener Arbeitswert in Frage kommt, zu den Kosten gerechnet. Ein solcher Kostenüberschuß kann nach der „technisch-materialistischen“ Theorie, der ich unglücklicherweise verfallen bin, und von der selbst L. mich nicht zu erlösen imstande ist, nur zustande kommen, wenn die unbeschränkte Konkurrenz nicht wirkt, d. h. wenn ein Monopol besteht. Nun ist sicher, daß ein Monopolverhältnis, nicht nur zwischen einzelnen, sondern auch zwischen Vielheiten bestehen kann: warum also nicht zwischen Klassen?! Daß ein solches Klassenmonopolverhältnis besteht, und zwar in Gestalt der Bodensperrung, habe ich nachgewiesen<sup>1)</sup>. Ich konstatiere nicht nur wie L., daß heute Boden ein „Kostengut“ ist (S. 470, 492), sondern ich bin frech genug zu fragen, warum es ein solches ist, obgleich es keine Arbeitsmühe gekostet hat. Ist das ein solcher Unsinn, daß mir ein Liefmann derartige Insolenzen sagen darf? Seine eigene Auffassung ruht wahrlich nicht auf so festen Grundlagen, daß er sich derartiges leisten dürfte.

\* \* \*

Was ist nun das Ergebnis dieser mehr als 700 Seiten großen Formats? Die Berge kreisten . . . .!

Zuerst eine Definition der Wirtschaft, die sich durchaus im Vorwirtschaftlichen, rein Psychologischen hält. Wenn man sehr milde sein will, kann man sie, ihrer Absicht nach wenigstens (wenn auch nicht in dieser Formulierung) als einen Fortschritt gegenüber der älteren Theorie, sogar gegenüber Dietzel anerkennen. Aber gegenüber meiner eigenen Formel bedeutet sie meiner Meinung nach einen Rückschritt. Darnach heißt Wirtschaften: „mit kostenden Dingen nach dem Prinzip des kleinsten Mittels verfahren“ und das heißt: „sie für einen je nach Zeit und Umständen ausreichenden Zeitraum nach einem die Dignitätsskala der Bedürfnisse wahren den Wirtschaftsplane mit dem geringsten Aufwande zu beschaffen und so zu verwalten, daß der höchste Erfolg der Bedürfnissättigung erzielt wird.“ Das ist bereits formal richtig, weil es nicht die — vorwirtschaftlichen — Erwägungen, sondern die wirtschaftliche Handlung beschreibt und abgrenzt; und es ist materiell reicher an Inhalt, weil es außer der Beschaffung die bis jetzt sehr vernachlässigte Verwaltung der Wertdinge einbezieht. L. möge versuchen, diese Formel als falsch zu erweisen, die ihre Richtigkeit schon dadurch beweist, daß sie ohne weiteres gestattet, das Außerwirtschaftliche (Motiv, „Erwägung“, Zweck und Konsum), das Nichtwirtschaftliche (z. B. Sport, Verwendung freier Güter) und das Unwirtschaftliche (Geiz und Verschwendung) vom Wirtschaftlichen abzugrenzen. Und ebenso gestattet die Definition ohne weiteres die Abgrenzung von der Technik. Technik im

<sup>1)</sup> Und befinde mich dabei in Übereinstimmung mit keinem Geringeren als mit Adam Smith, der ausdrücklich erklärt, daß von der „Aneignung des Bodens“ kein Profit entstehen kann, und mit Marx, der ebenso ausdrücklich erklärt, daß in einer „freien Kolonie“, wo das Land noch Volkseigentum ist, Produktionsmittel nicht „Kapital“ sind, weil das „gesellschaftliche Klassenverhältnis“ hier nicht besteht, das er „Kapitalverhältnis“ nennt (vgl. „Kapital I“ Kap. 25).

weitesten Sinne heißt: Kunstgerechtes Verfahren, und im engeren Sinne: Kunstgerechtes Verfahren mit stofflichen Dingen. Im weiteren Sinne kann man von Atemtechnik, Bergsteigertechnik, Schwimmtechnik sprechen. Im engeren Sinne ist sie Gegenstand der Technologie. Nichtwirtschaftlich ist die Technik, wenn sie mit nichtkostenden Dingen, z. B. der Luft, oder absichtlich nicht nach dem Prinzip der kleinsten Mittel verfährt, z. B. im wirtschaftlichen Laboratorium, wo der Erfolg kein „Gewinn“, sondern Erkenntnis ist. Unwirtschaftlich ist sie, wenn der Techniker unabsichtlich nicht nach dem Prinzip des kleinsten Mittels verfährt: dann haben wir die schlechte Technik eines schlechten Technikers; und wirtschaftlich ist Technik, wenn der Techniker mit ihrer Hilfe, durch ihre Anwendung, wirtschaftet, d. h. kunstgerecht und zugleich nach dem Prinzip des kleinsten Mittels verfährt. Dann ist er nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv, an einem äußeren festen Maßstab gemessen, ein „Wirt“, ist er ein homo oeconomicus technicus. Das ist alles überaus einfach.

Das zweite Ergebnis ist günstigstenfalls (?) ein rein vorwirtschaftliches, rein psychologisches Resultat, die Ersetzung des Grenznutzen durch den Grenzertrag; darüber habe ich mich zur Genüge geäußert.

Das dritte Ergebnis ist eine angebliche Kapitalstheorie und -Definition, die den Gipfel der Naivität und Verständnislosigkeit für das eigentliche Problem darstellt.

Und schließlich hier und da einmal eine gute kritische Anmerkung!

Das ist alles, was ich, nach bestem Wissen und Gewissen, aus diesem ungeheuren Bande habe herausfischen können. Und dafür Jahre und Jahre der Vorschublorbeern. „Nascetur ridiculus mus“! . . .

\* \* \*

Liefmann gibt uns fast gleichzeitig zwei andere Schriften und damit die Gelegenheit, zu erkennen, was seine Theorie von Problemen der Praxis leistet. Die erste dieser Schriften trägt den Titel „Geld und Gold“<sup>1)</sup>. Es ist ganz des gleichen Geistes, wie das Lehrbuch. Sein Verfasser wiederholt hier in unerträglicher Breite seine Grundauffassung und ihre Verhimmelung als funkelnagelneue Weisheit und Wahrheit.

Zu den neuen Entdeckungen, die er glaubt gemacht zu haben, gehört auch die, daß wir heute schon nur noch in Ausnahmefällen mit realem „Gelde“, in der Regel aber mit einer „Rechnungseinheit“ zu zahlen pflegen. Diese Selbsteinschätzung beweist nur, daß ihr Autor die bessere Literatur nicht kennt oder nicht verstanden hat. Schon die „Naturalauffassung“ von Smith läuft auf die Erkenntnis hinaus, daß der Geldschleier nur den unmittelbaren Tausch von Wertdingen gegen Wertdinge verdeckt, daß der gegenseitige Wert der ausgetauschten Wertdinge nur „an der Geldelle gemessen wird“. Und wenn Marx davon spricht, daß in Krisenzeiten „Rechengeld in Warengeld umschlägt“, so fußt er auf der gleichen Erkenntnis. Mein eigenes Lehrbuch vollends stellt die Dinge ganz so dar, wie Liefmann; ich betone überall, daß reales Geld nur noch eine winzige Rolle spielt — aber ich habe nie gemeint, damit eine Entdeckung, und nun gar eine epochale zu machen. Liefmanns Selbsteinschätzung in diesem Punkt ist ebenso unbegreiflich, wie seine geradezu unqualifizierbare Behauptung, niemand vor ihm habe den

<sup>1)</sup> Rob. Liefmann, Geld und Gold, Ökonomische Theorie des Geldes. Stuttgart und Berlin 1916. Deutsche Verlagsanstalt. 241 Seiten.

Zusammenhang aller Preise erkannt. Auch das steht als uralte Wahrheit schon deutlich in meinem von ihm so hart beurteilten Lehrbuch — wie auch sehr viele andere Dinge, die er angeblich als erster entdeckt hat, die aber längst nicht mehr entdeckt zu werden brauchten.

Was nun die Theorie des Geldes und des Geldwertes anlangt, so kann Liefmann von seinem theoretischen Standpunkte niemals zu einer Lösung der Probleme gelangen. Wer sie verstehen will, muß erstens wissen, daß das Edelmetall in der Statik den objektiven Tauschwert besitzt, den ihm die darauf verwendete Arbeit des Grenzproduzenten nach ihrer Dauer und ihrer Qualifikation verleiht. L. ist aber ein entschlossener Gegner der objektiven Wertlehre, die er nicht versteht. Wenn er sie verstanden hätte, so hätte er sich nicht den folgenden ungläublichen Satz leisten können: „Kommt der Wert des Geldes im Sinne der objektiven Wertlehre von den Produktionskosten, so erhebt sich . . . die Frage, warum nicht noch mehr Geld produziert wird“ (S. 126). Diese Frage würde die objektive Wertlehre sehr einfach dahin beantworten, daß der Grenzproduzent von Gold derjenige ist (wie für alle andere Waren), der 100—d Mark in Geld (Rechengeld oder Goldgeld) aufwenden muß, um 100 Mark in Rohgold zu erzeugen. Wer ärmere Minen oder Fundstellen bearbeitet, setzt dabei zu und hört infolgedessen auf, so daß in der „Statik“ die Grenzbeschaffungskosten und damit der objektive Tauschwert des Goldes genau so bestimmt ist, wie bei jeder beliebig reproduzierbaren anderen Ware. Aber L. verwirft auch die Konstruktion der Statik, ebenfalls, weil er sie nicht versteht, weil er nicht sieht, daß sie nichts anderes ist als eine unentbehrliche Hilfskonstruktion, nämlich der in der Realität nie erreichte Gleichgewichtszustand, auf den hin die „Dynamik“ ohne Ende tendiert, und den wir theoretisch errechnen müssen, um daran die Erscheinungen zu verstehen und vor allem zu messen.

Wer aber die Statik nicht anerkennt, der kann auch nicht sehen, daß wir beim Golde wie bei jeder anderen Ware vier verschiedene Arten des Preises zu unterscheiden haben: den statischen Konkurrenzpreis, den statischen Monopolpreis, den laufenden Konkurrenzpreis und den laufenden Monopolpreis; und daß es, mit diesem theoretischen Rüstzeug in der Hand, gar keine Schwierigkeit mehr macht, alle, auch die paradoxesten Erscheinungen der Geldgeschichte zu erklären. Wo freie Goldausprägung besteht, ist das Goldgeld dem Barrengold selbstverständlich wertgleich, und sein Preis ist laufender Konkurrenzpreis wie der jeder beliebig reproduzierbaren Ware; und das heißt: jeder Ware, die in jedem Ausmaße produziert werden kann, wie der Markt sie aufzunehmen „beliebt“, indem er dem jeweils letzten (Grenz)produzenten seine Selbstkosten und seinen Gewinn bezahlt. Wo aber der Staat als Monopolist die Geldausgabe beherrscht, da kann er auch an sich wertloses Geld auf dem Nominalwerte halten und sogar darüber treiben, weil Geld in gewisser Mindestmenge ein unentbehrliches Gut, ein Werkzeug, ein „Beschaffungsgut“ ist, das man erwerben muß, um eine Reihe von Tauschakten vollziehen zu können. Darum zahlt unter Umständen der ausgehungerte Verkehr auch für Scheidemünzen oder Papier ein Aufgeld, gerade so wie Straßenbahngesellschaften für die Nickelmünzen ein Aufgeld zahlen, die sie ihren Schaffnern auf die Fahrt als Wechselgeld mitgeben müssen. Darin liegt gar nichts geheimnisvolles. Und auf der anderen Seite kann selbstverständlich der Monopolist Staat auch durch Ausgabe von zu viel Papiergeld seinen Kurs drücken, ihm ein Abgeld aufzwingen, wenn er den Verkehr übersättigt.

Was die Geister verwirrt, ist folgendes: in einer statischen Gesellschaft, ja sogar in einer dynamischen, die aber als von politischen und wirtschaftlichen Krisen verschont gedacht ist, braucht man in letzter theoretischen Analyse überhaupt kein Geld. Wo jeder kreditfähig ist, und wo man sogar ein Glas Bier oder eine Straßenbahnfahrt mit einem Scheck bezahlt, kann der gesamte Tauschverkehr durch Rechengeld, durch „Clearing“, vollkommen ausgeglichen werden. Und hier ist es durchaus gleichgültig, welche Rechenheit der Staat festsetzt und vielleicht der Ausgabe von wünschenswerter Scheidemünze für den Kleinverkehr zugrunde legt. Die Produzenten tauschen eine Stunde oder einen Tag durchschnittlicher gesellschaftlicher Arbeit gegen eine Stunde oder einen Tag, und es ist für sie so gleichgültig, ob sie den Wert ihrer Ware an einer langen oder einer kurzen Geldelle messen, wie es gleichgültig ist, ob wir die Größe zweier Länder auf einem großen oder einem kleinen Globus vergleichen. Das Ergebnis ist beide Male dasselbe.

Aber wir brauchen das Hartgeld als Urmaß für Krisenzeiten, wenn die Geldelle selbst plötzlich stark zusammenschrumpft oder sich ausdehnt, d. h. wenn das Geld oder die Ware plötzlich Monopolpreise erhält. Dann muß man nach Ablauf der Krise in der Lage sein, ein neues objektives Maß des Wertes aufzufinden, und das kann nichts anderes sein als selbst eine Ware, ein Wertding. Und aus bekannten Gründen ist das Edelmetall, speziell das Gold, das zwar nicht vollkommene, aber doch beste in Betracht kommende Wertding: denn der auf dem Markt befindliche Vorrat ist so groß, daß auch starke Veränderungen der jährlichen Produktionsziffer keine schnellen und starken Schwankungen seines laufenden Preises herbeiführen können.

Kurz, wir brauchen das Gold nicht als Zahlungsmittel — das ist in der Tat nur eine juristische, nicht aber eine ökonomische Kategorie; und wir brauchen es auch nicht als Tauschmittel, aber wir brauchen es als Wert-Stabilisator nach Krisenzeiten, um ein objektives Maß der Tauschwerte zu haben, an dem die tauschenden Grenzproduzenten den Wert ihrer eigenen und der fremden Ware mit einiger Genauigkeit sofort wieder ablesen können.

Ein Gleichnis: Stellen wir uns vor, der Meter sei, wie die älteren Maße, eine ganz willkürlich gewählte Länge, und es gingen durch eine Katastrophe alle Metermaße der Welt verloren, oder veränderten sich in unberechenbarer Weise. Dann würde das im geodätischen Institut in Paris aufbewahrte Urmeter eine große Wichtigkeit haben. So steht es nach Krisenzeiten mit dem Gelde. Jedes Exemplar der Geldelle ist in anderer Weise verändert, das eine länger, das andere kürzer geworden, und zwar in unberechenbarem Maße. Die Gesellschaft ist aber viel zu groß und kompliziert geworden, als daß die Produzenten ihre Arbeitszeit und ihren Arbeitswert sogleich wieder unmittelbar miteinander vergleichen könnten. Da tut die Herstellung einer für alle gleichen Geldelle bitter not, und das geschieht durch Rückgriff auf die besonders preisbeständige Ware Edelmetall, speziell Gold.

Freilich: das ist alles objektive Wertlehre, und Liefmann hat ein „groß Publikum“, wenn er die volle Schale seines Hohnes über diese abgetane Theorie ergießt. Aber es schien schon manches abgetan, das doch wieder zur Geltung kam, und nach dem vollkommenen Bankbruch der subjektiven Schule, den die letzten Jahre festgestellt haben, dürfte jene ältere Lehre in der von mir gegebenen, den alten Einwänden nicht mehr ausgesetzten Gestalt doch wohl wieder Aussicht auf neue Geltung erlangen. Freilich: auf L.s. Mitarbeit bei diesem Wiederaufnahmeverfahren hege ich keine Hoffnung. Dazu ist er zu sehr in seine Gedanken verliebt.

Mehr als diese kurzen Andeutungen zu einer m. E. richtigen Geldtheorie kann ich hier nicht geben. Wer meine Anschauungen näher kennen zu lernen wünscht, möge sich an meine Kritik von J. Fishers „Kaufkraft des Geldes“ im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ (Bd. 10 Heft 2, Juni 1917) wenden.

\* \* \*

Die zweite und neueste Publikation Liefmanns ist merkwürdigerweise unvergleichlich besser und gehaltvoller<sup>1)</sup>. Natürlich finden wir auch hier die „Theorie“ in ihrer unschmackhaften Aufmachung von Selbstverherrlichung; aber die praktischen Vorschläge, die hier gemacht werden, sind zum Teil durchaus gesund und gut begründet. Man bedauert ehrlich, wenn man diese Arbeit liest, daß der begabte und fleißige Verfasser durch seine überlebensgroße Eitelkeit so hoffnungslos auf den Holzweg geführt worden ist.

Die Tatsache, daß aus den Prämissen einer zum großen Teile — soweit sie neu ist — durchaus falschen Theorie die Konklusionen richtiger Praxis erwachsen können, ist logisch nichts sonderlich auffallendes: bekanntlich kann aus falschen Prämissen ein richtiger Schluß folgen. L. geht aus von dem richtigen Satze, den ich in Ausgestaltung einer Nebenbemerkung von Smith wohl als erster in den Mittelpunkt der Preis- und Wertlehre gestellt habe, daß der Preis ein bestimmter Einkommensteil ist. Dieser Satz hat, nebenbei gemerkt, Bedeutung für die Theorie nur dann, wenn man erkannt hat, daß die Höhe des Einkommens eines jeden Wirtschafters in der Statik grundsätzlich bestimmbar ist<sup>2)</sup>. Man erhält dann aus der Formel des Einkommens ohne weiteres die des statischen Preises, des objektiven Tauschwertes der Klassiker.

L. kann nach seiner ganzen Stellung diese Anwendung des Grundsatzes nicht mitmachen. Aber er benützt meinen Satz — den er natürlich selbstständig und selbstverständlich als Erster, wenn nicht Einziger gefunden zu haben behauptet — doch hier zu ganz netten Anwendungen auf das spezielle, dynamische Problem der Kriegsfinanzen und der Kriegspreise.

Der Staat hat durch Bewilligung sehr hoher Preise für Kriegsmaterial und durch Schaffung künstlicher Kaufkraft auf dem Wege der äußersten Anspannung seines Kredits sehr viel höhere Einkommen geschaffen, und das mußte die Preise treiben, weil Preise Einkommensteile sind. Das ist ganz richtig und es ist auch theoretisch einwandfrei, dynamische Schwankungserscheinungen des Preisniveaus auf personalökonomische „Nutzen- und Kostenvergleichen“ zurückzuführen, wie ich mehrfach festgestellt habe<sup>3)</sup>. Allerdings halte ich daran fest, daß zuvor die Statik genau durchgearbeitet sein muß, weil sonst jeder feste Beziehungspunkt fehlt.

Nur muß man sagen, daß es auch möglich ist, von der rein „nationalökonomischen“ Auffassung der Klassiker aus zu dem gleichen Ergebnis zu kommen. Wenn der Staat massenhaft neues Geld schafft, sei es durch die Notenpresse, sei es durch Schatzwechsel oder sonstige von ihm ausgegebene

<sup>1)</sup> Robert Liefmann, Die Geldvermehrung im Weltkriege und die Beseitigung ihrer Folgen. Stuttgart und Berlin 1918. Deutsche Verlagsanstalt. 199 S.

<sup>2)</sup> Vgl. meine „Theorie“ S. 355/6 und mein „Wert und Kapitalprofit“ S. 45 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Wert und Kapitalprofit, S. 227/8.

wie Geld zirkulierende „Kapitalstücke“, z. B. Giro Guthaben, dann wird „Geld“ vermehrt angeboten und muß im Preise fallen, d. h. die damit gekauften Dinge müssen im Preise steigen, um so mehr, wenn sie aus anderen Gründen auch noch knapp werden, also Monopolcharakter annehmen.

Immerhin: Die L.sche Formel ist eleganter und führt dem psychologischen Verständnis näher als jene richtige aber rohere „Quantitätstheorie“. Und so will ich nicht weiter urgieren, daß auch die praktischen Folgerungen L.s aus jener klassischen Auffassung abgeleitet werden können, ja müssen: starke Vermögenssteuer, noch stärkere Kriegsgewinnsteuer, Verhinderung der Luxuseinfuhr, Forzierung der Rohmaterialieneinfuhr, womöglich durch Festsetzung in den Friedenstraktaten. All das haben andere und z. B. ich selbst von meinem theoretisch sehr abweichenden Standpunkt bereits vorgeschlagen und z. B. ebensowenig wie L. ein Unglück darin erblickt, wenn Deutschland nach Friedensschluß einen großen Teil seines nutzlosen Goldschatzes für Rohstoffe ausführt. Wenn ich es für wünschenswert erklärt habe, unseren Feinden eine „Goldanleihe“ von ca. 10 Milliarden abzuverlangen, so habe ich dabei ausdrücklich betont, daß diese Guthaben nur als Mittel der Rohstoffeinfuhr und Valutahebung, nicht aber etwa der Goldeinfuhr wünschenswert sind.

L. glaubt, daß seine Vorschläge nur auf Grund seiner Theorie möglich waren. Darin irrt er wie in so vielem anderem, wie Figura zeigt. Er hat nur bewiesen, daß ein gescheiter Mensch in praktischen Dingen trotz der abstrusesten Theorie etwas leisten kann.

\* \* \*

Der Leser wolle bedenken, daß es in Deutschland kaum ein Dutzend akademischer Gelehrter gibt, die sich hauptberuflich mit theoretischer Nationalökonomie beschäftigen. Dazu kommen ein paar marxistische Gelehrte ohne akademische Stellung, die mehr sind als bloße Theologen und Apologeten. Drei Männer von jenem Dutzend hat er über ihren Gegenstand reden hören, die beiden Antipoden Diehl und Liefmann und ihren gemeinsamen Antipoden, den ergebenst Unterzeichneten. Den Dreien ist nichts gemeinsam, als daß sie jede Gemeinsamkeit mit jedem der anderen höchstens neun Theoretiker durchaus ablehnen. Wenn ich das dritte der neueren oben erwähnten Lehrbücher, das v. Wiesers, hier auch noch ausführlich hätte kritisch würdigen können, so hätte der Leser noch eine vierte, wieder völlig verschiedene Nationalökonomie kennen gelernt, und in meiner Analyse und Beleuchtung keinesfalls als der Weisheit letzten Schluß angesehen.

Das ist der Zustand, in dem wir uns befinden! Und auf solcher Grundlage bauen wir Staats- und Geldpolitik, Kriegswirtschaft und Übergangswirtschaft usw. auf, pröbeln wir wie Kinder mit den gefährlichsten sozialen Explosivstoffen herum, bis uns eines Tages das Dach über dem Kopfe fortgeblasen werden wird. Ist weiter ein Wort erforderlich? Muß man erst aussprechen, daß dieser Zustand ein öffentlicher Skandal und eine öffentliche Gefahr ist? Und daß es kein anderes Mittel dagegen gibt, als daß die öffentliche Meinung uns Theoretikern scharf auf die Finger sieht? Bisher hat jede Partei nur darauf geachtet, ob das Buch ihre Interessen und Ziele wahrte oder nicht: die Folge davon ist das Chaos, in dem wir blind umhertasten zwischen lauter Abgründen, in denen all unsere Wohlfahrt zerschellen kann. Es ist hohe Zeit, daß das anders wird. Helfen kann nur die gute Presse, — denn der Staat soll gefälligst seine Finger von der Freiheit der



Wissenschaft und Lehre lassen, auch wenn Fanatiker, Enge und Narren Wissenschaft treiben. Aber die Presse soll von ihren Kritikern streng fordern, daß sie zureichende Kritiken verfassen, anstatt willkürliche Zensuren auszustellen. Der Kritiker soll sich als geschworener Richter fühlen und halten: er soll den Tatbestand gewissenhaft aufnehmen, d. h. den Gedankeninhalt des Buches nach bestem Vermögen geradezu liebevoll darstellen, und danach sein Urteil nicht nur sprechen, sondern begründen, und zwar nicht nach seinem persönlichen Gesetzbuch, sondern nach dem allgemeinen Codex der Logik.

Und für solche Arbeit sollte die gute Presse die besten Männer wählen, als Richter verpflichten und entsprechend honorieren, damit sie genügend Zeit und Kraft darauf verwenden können.

Ich sehe keinen andern Weg der Heilung des Unerträglichen. —